

STACHEL

MOBILITÄT

A100: Chaos in neuer Dimension

Stau, Lärm und Lebensgefahr – den Preis für die CDU-Verkehrspolitik zahlt der ganze Kiez.

Seite 9

KLIMA & ÖKO

Regentonnen am Lausi und grüne Gullys

Was in der Nachbarschaft für unser Klima getan wird.

Seite 5

DIVERSITY & INKLUSION

Kein Weg zur Schule

Wie Bürokratie gesellschaftliche Teilhabe von Kindern mit Behinderung in unserem Bezirk verhindert und Familien ausgrenzt.

Seite 7

Für alle zur Abwechslung.
Kinderseite **Seite 8**
Kiezworträtsel **Seite 16**



Gegen Leerstand und illegale Ferienwohnungen in Friedrichshain-Kreuzberg

Der Druck auf dem Berliner Wohnungsmarkt wächst. Trotzdem stehen in unserem Bezirk viele Wohnungen lange leer – oder werden als Ferienapartments vermietet, obwohl das häufig nicht genehmigt ist. Das treibt Mieten hoch, verdrängt Nachbarschaften und raubt uns Räume für Kultur, Soziales und Alltag. Es ist höchste Zeit, diese Wohnungen wieder den Berliner*innen zurückzugeben.

Ferienwohnungen statt Nachbarschaft

Friedrichshain-Kreuzberg zieht jedes Jahr über 1,7 Millionen Tourist*innen an. Während Hotels leere Betten melden, boomt die Vermietung über Plattformen wie Airbnb oder Booking.com. Viele dieser Ferienwohnungen sind nicht genehmigt – und damit illegal.

Die Regeln sind klar: Wer seine Wohnung dauerhaft an Tourist*innen vermietet, braucht eine Genehmigung. Doch viele Eigentümer*innen ignorieren das, weil sie kurzfristig mehr verdienen. Die Folgen tragen die Nachbar*innen: Partylärm, ständig wechselnde Gäste und das Gefühl, dass das eigene Haus zum Hotel geworden ist. Vor allem aber fehlen diese Wohnungen den Menschen, die dauerhaft hier leben möchten.

Leerstand als Geschäftsmodell

In manchen Straßen sieht man sie sofort: zugeklebte Briefkästen, verdunkelte Fenster, leere Eingänge. Ganze Häuser stehen über Monate oder sogar Jahre leer – weil Eigentümer*innen auf steigende Bodenpreise spekulieren.

Das ist ein Skandal, vor allem in einem Bezirk, in dem Familien mit Kindern, Studierende oder Alleinerziehende kaum bezahlbare Wohnungen finden. Jeder leerstehende Quadratmeter verschärft die Krise und zerstört Nachbarschaften.

Sichtbar machen, was fehlt

Damit Leerstand und illegale Ferienwohnungen nicht unsichtbar bleiben, haben wir Bündnis 90/Die Grünen eine **interaktive Karte** gestartet. Sie zeigt: In fast allen Kiezen in Friedrichshain-Kreuzberg gibt es Wohnungen, die dem Markt entzogen sind – von der Warschauer Brücke bis zum Landwehrkanal.

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Entwurf Bezahlbare-Mieten-Gesetz	2
Was tun gegen den Hochhauswahn.....	3
Grüne Jugend Pöbelhain-Kreuzberg	4
Was macht die AG Klima & Öko	4
Interview: Regentonnen am Lausi	5
Newsflash	6
Wechsel an weiterführende Schulen	7
Zum Gesetzentwurf „Berlin autofrei“	10
Ein Danke zur Verkehrsberuhigung	10
Interview: Verkehrswende Annika Gerold ..	11
Stimmen aus dem Kiez	11
Ukrainisches in Xhain.....	12
Bleibt am Ende nur ein Zaun?	12
Auf dem Laufenden bleiben	13
10 Jahre BVV – Ein Abschied.....	14
Zum Format „Monika erklärt die BVV“	15
Die Vermögenspreisinflation stoppen	15

Grüne Zahlen aus Xhain

375

Grünanlagen & Spielplätze sind rund 1,85 Mio. m² öffentliches Grün.

~20

km Uferlänge an Spree, Kanälen & gewässernahen Bereichen geben Raum zum Abkühlen & Flanieren.

49,6

% der Menschen mit Hauptwohnsitz im Bezirk haben internationale Wurzeln.

Stand: 11/2025

Autorin: Katrin Schmidberger, Mitglied
des Abgeordnetenhauses

Katrin auf Instagram:  [schmidbergerkatrin](#)

Wohnraum statt Rendite

Gegen Leerstand und illegale Ferienwohnungen in Friedrichshain-Kreuzberg

Fortsetzung von Seite 1

Die Karte schafft dringend notwendige Transparenz. Sie gibt Anwohner*innen die Möglichkeit, selbst Fälle zu melden und erhöht den Druck auf die Behörden und den Senat, endlich konsequent durchzugreifen.

Was jetzt passieren muss

Transparenz allein reicht aber nicht. Wenn Friedrichshain-Kreuzberg lebendig und bezahlbar bleiben soll, brauchen wir klare Regeln und Kontrolle. Wir setzen uns im Abgeordnetenhaus schon lange für ein **flächendeckendes Verbot von Ferienwohnungen** ein – mit konsequenten Kontrollen der Ferienwohnungsportalen und wirksamen Strafen für illegale Anbieter*innen.

Gleichzeitig fordern wir eine **starke Zweckentfremdungsbehörde**, die Verstöße schnell und spürbar ahndet. Jede Wohnung, die wieder vermietet wird, bedeutet ein neues Zuhause für unsere Mitmenschen.

Mitmachen – für mehr Wohnraum im Bezirk

Ihr könnt selbst aktiv werden: Meldet uns Leer-



Screenshot der Karte mit gemeldeten Fällen auf <https://gruene-fraktion.berlin/kampagne/dein-zuhause/>

stand oder illegale Ferienwohnungen. Über unser **Online-Formular** könnt ihr Hinweise – auch anonym – abgeben. Wir leiten sie, wenn gewünscht, an die zuständigen Wohnungsämter weiter und setzen uns politisch dafür ein, dass gehandelt wird.

Auf unserer **Karte** (Bild mitte) könnt ihr außerdem sehen, wo besonders viele Fälle gemeldet wurden. So entsteht ein klares Bild davon, wo der Druck im Bezirk am größten ist.

Meldet uns Leerstand oder illegale Ferienwohnungen:



<https://gruene-fraktion.berlin/kampagne/dein-zuhause/>

Denn jede Wohnung, die wieder dauerhaft bewohnt wird, stärkt unsere Nachbarschaft.

Macht mit – für mehr Wohnraum statt Rendite!

Autorin: Katrin Schmidberger, Mitglied
des Abgeordnetenhauses

Link zum Online-Artikel: <https://gruenlink.de/rqlul2ukpu>



Eigentum muss wieder verpflichten

Der Weg zum Bezahlbare-Mieten-Gesetz. Damit Wohnen in Berlin für alle möglich ist

Bezahlbare Wohnungen in Berlin zu finden, ist mittlerweile wie ein Sechser im Lotto. Pflegekräfte, Erzieher*innen, Handwerker*innen oder Familien mit mittlerem Einkommen finden oft nichts Passendes. Wer neu mietet, zahlt fast doppelt so viel wie Bestandsmieter*innen. Die Folge: Verdrängung, soziale Spaltung – und ein wachsender Fachkräftemangel sowie ein massiver Anstieg der Wohnungslosigkeit.

Wenn Wohnen zum Luxus wird

Laut Wohnraumbedarfsbericht 2025 können Haushalte mit weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens nur in 5 % der Fälle eine bezahlbare Wohnung finden. Bei Familien mit zwei Kindern liegt die Quote bei gerade einmal 0,3 %.

Gleichzeitig steigen die Ausgaben des Landes Berlin für Mieten und Heizkosten rasant: über 1,7 Milliarden € jährlich für Transferleistungsbezieher, weitere 200 Millionen € für Wohngeld. Dazu kommen fast 400 Millionen € jährlich für die Unter-

bringung von Geflüchteten und Wohnungslosen.

Klar ist: Immer höhere Zuschüsse, um über-tauerte Mieten abzufedern, sind keine nachhaltige Lösung. Besser ist es, in dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu investieren – Wohnraum in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand.

Wohnen ist Daseinsvorsorge

Wohnen ist ein Grundrecht – kein Luxusgut. Deshalb braucht Berlin eine Neuausrichtung der Wohnungspolitik: sozial, gemeinwohlorientiert und nachhaltig.

Ein wichtiger Schritt ist die Umsetzung des Volksentscheids zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen. Wir Bündnisgrüne unterstützen die Initiative „**Deutsche Wohnen & Co enteignen**“ aktiv auf dem Weg zu einem neuen, dieses Mal verbindlichen Volksentscheid.

Doch auch für Mieter*innen kleinerer Bestände braucht es Schutz. Eigentum verpflichtet: Wer Wohnraum besitzt, muss ihn instand halten, sozial vermieten und die Regeln einhalten. Gegen Verstöße – etwa gegen Milieuschutz oder Instandhaltungspflichten – braucht es Sanktionen, die wirken.

Was das Bezahlbare-Mieten-Gesetz vorsieht:

- **Eine verbindliche Sozialquote:** Vermieter*innen mit mehr als 50 Wohnungen müssen künftig einen Teil ihrer Wohnungen an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein („WBS“) vergeben – zu Mieten, die 20 % unter der ortsüblichen Vergleichsmiete (und zwar der jeweilige Mittelwert) und ohne staatliche Förderung vermieten. Vermieter*innen mit:
 - 51-100 Wohnungen: fünf Wohnungen
 - 101 und mehr Wohnungen: 10 % der
 - 1.001 und mehr Wohnungen: 20 %
 - 2.001 und mehr Wohnungen: 30 %

Ein Teil dieser Wohnungen soll besonders schutzbedürftigen Menschen zugutekommen

– etwa Wohnungslosen, Geflüchteten oder Menschen mit Behinderung.

- **Instandhaltungspflicht:** Eigentümer*innen müssen Rücklagen für Instandhaltung und ökologische Sanierungen bilden – und sie regelmäßig einsetzen, ohne damit die Miete zu erhöhen. So verhindern wir Verwahrlosung, Entmietung und Verfall von Wohnraum.

Hier geht es zum Gesetzentwurf:



<https://gruenlink.de/8pux51mbyf>

Landesweites Amt für Mieterschutz

Zur Umsetzung schlagen wir ein **Landesamt für Wohnungswesen** mit rund 50 Stellen vor. Es soll ein zentrales Wohnungskataster aufbauen, Eigentumsstrukturen offenlegen und Vorgehen gegen Verstöße bündeln. Außerdem soll es die Bezirke unterstützen – etwa durch die Übernahme von Prozesskosten oder die Koordination bei sogenannten „Problemvermieter*innen“. Ein solches Amt könnte langfristig auch die öffentlichen Haushalte entlasten, weil weniger Mietzuschüsse nötig wären.

„Wer sich partout nicht an die Regeln hält, fliegt“

Wir wissen: Viele Vermieter*innen handeln verantwortungsbewusst. Doch einige ignorieren Gesetze, lassen Wohnungen leerstehen oder verstoßen wiederholt gegen soziale Mindeststandards.

Für sie gilt künftig: **Wer sich dauerhaft nicht an Regeln hält, verliert seine Vermietungsrechte.** Bußgelder alleine reichen nicht – sie werden oft aus der Portokasse bezahlt. Wenn Eigentümer*innen trotz Verwarnungen und Treuhand weiter gegen das Gesetz verstoßen, soll das Land die Vermietung untersagen und den Verkauf der betroffenen Immobilien an gemeinwohlorientierte Träger anordnen können.

Das ist kein radikaler Schritt, sondern gelebte Verantwortung – vergleichbar mit Regeln, die in der Energie- oder Telekommunikationsversorgung längst gelten.

Berlin kann das – und muss es tun

Das Grundgesetz erlaubt Eingriffe in die Eigentumsfreiheit und Behörden könnten dann eigenständig handeln für den sozialen Wohnraumschutz. Auch auf Landesebene kann Berlin handeln – und sollte diese Möglichkeit endlich nutzen.

Mach mit: Unterstütze das Bezahlbare-Mieten-Gesetz!

Informiere dich über unsere Initiativen (*gelber Kasten oben*) und teile deine Erfahrungen mit Mieten, Verdrängung oder Leerstand. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Eigentum wieder verpflichtet – und dein Zuhause wieder bezahlbar wird.



Abreißzettel der Mieten-und-Wohnen-Kampagne



Katrin Schmidberger

Foto: Anna Flölke

Autor*innen: Julian Schwarze, Mitglied des Abgeordnetenhauses;
Maria Haberer, Stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen;
Florian Schmidt, Bezirksstadtrat für Bauen, Planen, Kooperative Stadtentwicklung

Julian auf Instagram: @ jul_schwarze
Maria auf Instagram: @ miahaberer
Florian auf Instagram: @ f_schmidt_bb

Kein Hochhaus-Wahn an der Warschauer Straße

Senat hebt Bezirk aus – Investor*innen träumen von Wolkenkratzern im Rudolfskiez



Florian Schmidt (oben links), Maria Haberer, Julian Schwarze (Fotos: Kilian Vitt; Vincent Villwock)

großes Foto unten: Grüner Protest auf der Demo gegen Gentrifizierung am 11.10.2025 (Foto: privat)

An der Warschauer Brücke droht ein neuer Hochhaus-Wahnsinn. Während der Amazon-Tower bereits das Stadtbild dominiert, planen Investor*innen weitere Wolkenkratzer im Rudolfskiez. Der Bezirk und viele Anwohner*innen stellen sich dagegen – doch der Senat setzt lieber auf private Interessen als auf bezahlbaren Wohnraum und transparente Verfahren.

Profiträume statt Stadt für alle

Kürzlich hat der Senat dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg die Planungshoheit für das Grundstück Rudolfstraße 18/19 entzogen – offenbar, um den Weg für ein 140 Meter hohes Hochhaus eines privaten Investors freizumachen. Offiziell heißt es, es solle neuer Wohnraum entstehen. Doch klar ist: Von „bezahlbar“ kann kaum die Rede sein. Vorgesehen sind vor allem teure Eigentumswohnungen und

Hotelnutzung – kein Gewinn für die Berliner*innen, die dringend bezahlbare Wohnungen suchen.

Das Baukollegium des Senats hatte das Projekt nur unter klaren Auflagen zugelassen: maximal 80 bis 90 Meter Höhe, um eine städtebauliche Staffe-lung zu gewährleisten. Doch das wurde kurzerhand übergangen. Schon im nächsten Werkstattverfahren wurde das Limit auf 120 Meter erhöht, und nun liegt ein Entwurf für einen 167 Meter hohen Turm vor – nach dem Estrel Tower das zweithöchste Gebäude der Stadt. Ein gigantischer Wolkenkratzer mitten im Rudolfskiez.

Missachtung von Fachgremien und Öffentlichkeit

Selbst das Baukollegium kritisierte die geplante Höhe deutlich. Trotzdem treibt der Senat das Ver-fahren weiter – und zerstört damit das Vertrauen in transparente, fachlich fundierte Stadtplanung. Statt auf Beteiligung zu setzen, werden Entscheidungen im Schnellverfahren durchgedrückt.

Parallel wird ein weiteres Hochhausprojekt vorbereitet: Unter dem Namen „The HUB“ soll auf der Ostseite der Warschauer Brücke, direkt gegen-über des Amazon-Towers, ein über 120 Meter hoher Zwilling entstehen. Von dem Vorhaben erfuhren Bezirk und Öffentlichkeit nicht etwa über offizielle Beteiligungsformate, sondern beiläufig über eine kurzfristige Einladung zum Baukollegium. Auch hier zeigte sich das Gremium kritisch – doch ob das den Senat interessiert, bleibt offen.

Fälle beim Bezirksamt melden:

Möbliertes Wohnen auf Zeit vernichtet bezahlbaren Wohnraum. Das grüne Bezirksamt unterbindet dies durch eine neue Verwaltungspraxis.



<https://gruenlink.de/0qjt58pbld>

nommen wird: mit frühzeitiger Einbindung der Anwohnenden und offener Diskussion in der Bezirksverordnetenversammlung.

Für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung

Berlin braucht keine neuen Luxus-Türme, sondern eine Stadtentwicklung im Interesse aller. Der Hochhausboom an der Warschauer Straße steht sinnbildlich für eine Stadtpolitik, die Rendite über Lebensqualität stellt. Statt Flächen für Spekulation freizugeben, müssen Senat und Investor*innen endlich Verantwortung übernehmen – für eine durchmischte, soziale und klima-resiliente Stadt.

Bezirksinitiative gegen den Hochhauskurs

Die grüne BVV-Fraktion hat sich klar positioniert: In einem Antrag, der im Bezirksparlament mehrheitlich beschlossen wurde, fordert sie das Bezirksamt auf, sich gegen beide Hochhausprojekte – Rudolfstraße 18/19 und „The HUB“ – zu stellen und die Senatsverwaltung zum Stopp zu bewegen.

Der Antrag verlangt außerdem eine Prüfung, ob die Projekte gegen städtebauliche Leitlinien, Denkmalschutz, soziale Infrastruktur, Umweltauflagen und Gewerbestrukturen verstoßen – und ob überhaupt bezahlbarer Wohnraum entsteht. Wesentlich ist dabei, dass Beteiligung ernst ge-

Und jetzt?

Wir Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg engagieren uns gegen das Projekt – vom Bezirksamt über die BVV bis zur AG Stadt. Auch im Abgeordnetenhaus stellen wir uns den Senats-Plänen entgegen. Gemeinsam waren wir bei zahlreichen Demos und haben mit vielen Initiativen und mit dem Bündnis gegen Verdrängung und Kiez ohne Klotz demonstriert, weitere Aktionen folgen! Engagiert euch mit uns zusammen! Nur gemeinsam verhindern wir, dass Berlin weiter zum Spielball von Investor*innenräumen wird.



Weiterführende Infos

Das bezirkliche Vorkaufsrecht ist wieder da, doch es wird vom Senat blockiert. Das grüne Bezirksamt will spekulative Hausverkäufe durch „präventiven Erwerb“ verhindern:

<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/buerger-innen-beteiligung-und-kooperative-stadtentwicklung/praeventivererwerb>
(Seite war zum Redaktionsschluss noch im Aufbau)

§6 Wirtschaftsstrafgesetzbuch soll sogenanntes Herausmodernisieren verhindern. Das grüne Bezirksamt nimmt die Herausforderung an, den neuen Paragraphen anzuwenden und prüft erste Fälle:

<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/buerger-innen-beteiligung-und-kooperative-stadtentwicklung/verdraengungdurchbauliche-massnahmen>
(Seite war zum Redaktionsschluss noch im Aufbau)

Du willst etwas verändern?

Dann **werde Mitglied** – ganz einfach online. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% vom Nettoeinkommen und in der Regel erhält man 50 % davon über die Steuererklärung zurück.



www.gruene.de/mitglied-werden

Du hast nur wenig Zeit?

Unterstütze uns und den Kreisverband **ideell** und **finanziell**. Hier geht es zu unserem Spendenformular. Auch Zahlungen über Paypal oder per Banküberweisung sind möglich.



www.gruene-xhain.de/ueber-uns/spenden

Engagieren ohne Mitgliedschaft?

In unseren AGen kann jede*r mitmachen, auch ohne Mitgliedschaft. Hier geht's zur Übersicht aller bestehenden **Arbeitsgruppen**:



www.gruene-xhain.de/mitmachen/arbeitsgruppen

Du willst uns kennenlernen?

Schau dich auf unserer Webseite um und komme zu unseren Veranstaltungen. Was als nächstes geplant ist, findest du auf unserer **Terminseite**:



www.gruene-xhain.de/termine

Wir sind die Grüne Jugend Pöbelhain-Kreuzberg

Viele Menschen denken, die Grüne Jugend ist nur der verlängerte Arm der Grünen. Doch unsere große Stärke als Jugendverband ist unsere Unabhängigkeit. Diese entsteht durch eigene Finanzpläne, eigene Beschlüsse und eigene Analysen. Gleichzeitig stehen wir zu den Werten, die die Partei einmal groß gemacht haben: solidarische Politik, radikaler Umwelt- und Klimaschutz und eine kompromisslose Verteidigung der Menschenrechte.

Unser Ruf als Grüne Jugend „Pöbelhain-Kreuzberg“ ist dabei kein Zufall. Wir haben ihn uns mit Aktionen wie Banner Drops und lautstarker Kritik – auch an der grünen Partei – erarbeitet. Wir stehen dafür, unbequem zu sein, anzuecken und den Finger in die Wunde zu legen. Wir sind und bleiben der Stachel im Fleisch, oder besser gesagt: im Tofu.

Unsere Treffen sind für alle offen

Dafür treffen wir uns als Grüne Jugend Xhain jede Woche. Unsere Treffen sind dabei so vielfältig wie der Bezirk: Mal lesen wir Texte und diskutieren über aktuelle Themen, mal laden wir Gäst*innen ein, die von ihrer Arbeit oder ihren Aktionen berichten. Manchmal setzen wir uns kritisch mit den „Alt-Grünen“ auseinander oder planen Aktionen und Demonstrationen, um unsere politischen Forderungen sichtbar zu machen. Unser Selbstverständnis ist dabei klar: Wir setzen uns für eine gerechte Gesellschaft ein, sind antifaschistisch, feministisch und linksgrün!

Wahlrecht für alle

Aktuell beschäftigen wir uns mit dem Thema Wah-



Mitglieder der GJ Xhain

len. Im nächsten Jahr finden in Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Bezirkswahlen statt. In Xhain dürfen aktuell etwa ein Drittel der Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben, nicht wählen, obwohl sie im wahlberechtigten Alter sind. Das liegt zum Beispiel daran, dass sie keine deutschen Staatsbürger*innen sind. Durch Symbolwahlen wollen wir auf das Thema aufmerksam machen und den Menschen an bestimmten Orten die Möglichkeit geben, symbolisch ihre Stimme für die

Berliner Wahl 2026 abzugeben. Das ist für uns aber nur der erste Schritt. Wir fordern klar: bedingungsloses Wahlrecht für alle!

Frischer Wind statt riesiger Bürotürme

Außerdem planen wir zusammen mit Bündnispartner*innen eine Demonstration gegen den Bau von Bürotürmen am Gleisdreieckpark. Die sollen zum Teil genauso hoch werden wie die Türme am

Potsdamer Platz. Das würde den Aufenthalt im Park ungemütlicher machen, weil es dort dann viel mehr Schatten und Windböen geben würde. Außerdem könnte sich die Luft zwischen Südgelände und Tiergarten nicht mehr ungehindert bewegen. Und das würde für heißere Temperaturen und schlechtere Luft in der Innenstadt sorgen.

Komm vorbei oder folge uns!

Was wir machen, klingt interessant für dich? Dann komm doch einfach vorbei!

Wir treffen uns

**Immer donnerstags
von 19-21 Uhr in der
Dirschauer Straße 13**

Jeden 1. Donnerstag ist 30 Minuten vor dem regulären ein Neuentreffen.

Wir freuen uns auf dich!

Wenn Du erfahren möchtest, was sonst noch bei uns los ist, kannst Du uns in verschiedenen Sozialen Netzwerken folgen:

Instagram @gjb_xhain,
Bluesky @gjb-xhain.bsky.social
Mastodon @gjbxhain@mastodon.world
YouTube unter @GJB_Xhain

Zusammen für mehr Klimaschutz und Klimaanpassung



AG-Mitglieder auf Haustür-Tour

Warum sind wir aktiv?

Die extremen Hitzesommer, die Ausrufung des Klimanotstands in vielen Städten und das Wissen, dass wir die Erderhitzung dringend bremsen müssen, haben uns im Frühjahr 2019 zusammengebracht.

Wir wollen handeln

Immer wieder sehen wir Schreckensmeldungen zu Extremwetter, Überschwemmungen, steigenden Meeresspiegeln und sinkendem Grundwasser. Wir von der AG Klima & Ökologie wollen uns damit nicht einfach abfinden oder resignieren. Wir wollen handeln.

Deshalb arbeiten wir gemeinsam mit Anwohner*innen, Verbänden und der Bezirksverwaltung in Friedrichshain-Kreuzberg an Maßnahmen gegen die Krise. Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch in unserer Stadt spürbar und wir wollen ihnen mit praktischen Aktionen in den Kiezen begegnen.

Was tun wir konkret?

In Friedrichshain-Kreuzberg passiert schon viel und wir engagieren uns dafür, dass es noch mehr wird. Wir unterstützen zum Beispiel das Bezirksamt für Verkehr, Grünflächen, Ordnung und Umwelt dabei, den Menschen im Kiez verschiedene Maßnahmen vorzustellen und zu erklären. Wir haben unter anderem

- einen Flyer zu Klimaschutz- und Anpassungsprojekten im Bezirk erstellt und verteilt,
- einen deutsch-türkisch-arabischen Info-Brief zur Verkehrsberuhigung und Begrünung in der Alexandrinenstraße verteilt und
- zum Modellprojekt Rathausblock Kreuzberg Informationsmaterial zusammengestellt und verteilt. Dabei geht es um ein Gebiet hinter dem Finanzamt Kreuzberg, auf dem ein vielfältiges kleines Stadtgebiet mit bezahlbaren Wohnungen, Grünflächen und Räumen für Kultur und Freizeit entsteht.

Zusammen mit der Regenwasseragentur haben wir eine öffentliche Veranstaltung zur „Schwammstadt“ organisiert. Die Idee ist, Regenwasser aufzufangen und zu speichern, anstatt es einfach in die Kanalisation fließen zu lassen. Damit können dann zum Beispiel kleine Grünflächen und Bäume versorgt werden. Außerdem suchen wir im Kiez nach betonierten oder gepflasterten Flächen, die zu offenen Böden umgestaltet werden könnten und melden sie dem Bezirk.

Darüber hinaus stehen wir an Info-Ständen den Friedrichshain-Kreuzberger*innen Rede und Antwort.

Wir vernetzen uns

Ein wichtiger Teil unserer Arbeit ist es, Veranstaltungen im Bezirk zu besuchen, bei denen es um Klima und Umwelt geht und mit den Initiativen zu sprechen. Darunter sind zum Beispiel Gleisdreieck retten (gegen geplante Hochhäuser im Park), Berlin Erneuerbar, Forum Rathausblock, xberg klimaneutral und die GrünZeug AG vom Lausitzer Platz.

Eines unserer nächsten Projekte ist es, Kontakt zur neuen Koordinierungsstelle Gemeinschaftliches Gärtnern (KGG) herzustellen. Die KGG stärkt nachbarschaftliches Engagement für mehr Grün im Bezirk und soll eine Schnittstelle zwischen Fachämtern und engagierten Menschen vor Ort bilden. Zum Beispiel werden ehrenamtliche Helfer*innen dabei unterstützt, nach ihren eigenen Ideen ihre Umgebung zu begrünen. Auf diese Weise können grüne Oasen für Mensch und Natur entstehen. Die Koordinierungsstelle hilft mit Tipps, welche Projekte an welchen Orten sinnvoll sind, unterstützt bei formalen Fragen und bringt Stadtgärtner*innen zusammen. Schon jetzt gibt es Flächen zum gemeinschaftlichen Gärtnern am Lausitzer Platz und im Graefekiez. Seit September werden Sprechstunden, Pflanzaktionen und Vernetzungstreffen für alle Interessierten angeboten.

Wir wirken politisch

Auch Demos, Klimakonferenzen, die Klimawerkstatt des Bezirksamts oder Treffen anderer grünen Arbeitsgemeinschaften (AGen) stehen auf unserer Liste. Hier entstehen Ideen für neue Projekte und Anträge, die wir der grünen Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung vorschlagen.

Als AG arbeiten wir auch innerhalb der Partei, weil Klimaschutz und Klimaanpassung politischen Rückhalt brauchen. Wir bringen uns bei Bündnis 90/Die Grünen aktiv durch Änderungsanträge für Wahlprogramme und durch unsere frühzeitige Mitarbeit bei der Themensetzung ein.

Im Gespräch mit Stadträt*innen und Verordneten entwickeln wir neue Ideen für unser Engagement.

Klimaschutz und Klimaanpassung gelingen in Friedrichshain-Kreuzberg nur, wenn klar wird, dass und wie die Menschen im Bezirk selbst mitmachen können.

Mach mit!

Hast du Lust, dich einzubringen oder eigene Ideen vorzuschlagen?

Komm zu uns!

**Jeden 1. Mittwoch
im Monat im Igelbau
(Dresdener Straße 10)**

Oder schreibe uns:
ag-klima-eko@gruene-xhain.de

Jede*r ist herzlich willkommen sich einzubringen.
Auch ohne Mitgliedschaft.

Gemeinschaftliches Gärtnern



Infos zur Koordinierungsstelle auf der Webseite des Bezirksamts

<https://gruenlink.de/yjc7f5f3qw>

Interview

Nach den Autos kommen die Menschen

Interview mit Harald Ulrich von der GrünZeugAG am Lausitzer Platz zur Regentonneninitiative

Harald lebt seit vielen Jahren in Kreuzberg. Wir haben ihn an einem sonnigen Samstagmittag draußen auf dem Lausitzer Platz getroffen und mit ihm über die Regentonneninitiative gesprochen.



Anne und Nicol mit Harald vor einer Regentonne

Was hat dich inspiriert?

Angefangen hat es mit der Kampagne des Senats „Berlin soll Schwammstadt werden“. Davon war ich begeistert. Die Klimaveränderung und die Beobachtung, dass besonders ältere Menschen vom Hitzetod bedroht sind, hat mich motiviert. Ich bin älter geworden und das Projekt hat ganz ehrlich auch egoistische Motive. Es hat aber lange gedauert, bis wir zu den jetzigen Regentonnen gekommen sind.

Was genau habt ihr gemacht?

Als mit Corona die ersten mobilen Spielstraßen kamen, auch am Lausitzer Platz, Anfang 2020, haben sich Leute zusammengefunden, um die Bäume zu wässern

und Beete anzulegen. Das Wasser kam noch aus dem Brunnen. Wir haben Feuerwehrschräume organisiert und den Platz richtig unter Wasser gesetzt. Dann ist der Brunnen kaputt gegangen und der Bezirk hatte kein Geld für Reparaturen. Wir standen zwei Jahre auf dem Trockenen und haben uns nach anderen Wasserspeichermöglichkeiten umgesehen. Ich hab eine Firma gefunden, die Wassertanks aus Kunststoff in allen Größen, Formen und Farben herstellt. Die hab ich dem Bezirk vorgeschlagen und das ist jetzt Standard: Tanks, die auf dem Boden stehen, mit der Fassade verankert werden, oben einen Deckel und unten einen Entnahmehahn haben. Wenn diese Tanks voll sind, wiegen sie eine Tonne und stehen sicher.

Seit Anfang des Jahres haben wir drei 1.000-Liter-Tonnen am Platz aus dem Programm „100 Regentonnen für den Bezirk“. Mit unseren Tonnen haben wir noch Pionierarbeit geleistet und alles selbst organisiert: Antrag, Finanzierung, Aufbau, Pflege und Anschluss. Auch die Verwaltungsgebühren von 60 € mussten wir noch privat zahlen.

Wie reagieren die Leute auf die Regentonnen?

Wir haben befürchtet, dass die Tonnen im Winter, wenn sie geleert sind, aus der Verankerung gerissen oder zerstört werden können. Aber die Leute, auch die Besucher*innen, sehen, hier haben Anwohner Verantwortung für den öffentlichen Raum übernommen und das wird auch respektiert.

Mir war es wichtig, dass der Zugang zum Container, den der Bezirk uns für die Gartenwerkzeuge zur Verfügung gestellt hat, für alle zugänglich ist. Also haben wir den Späti-Betreiber gefragt, ob er die Schlüsselverwaltung übernehmen könnte und das funktioniert gut.

Seit wann gibt es euch, was macht ihr noch?

Seit 2020. Zehn Leute waren wir, heute sind im Kernteam noch vier. Wir wollen den öffentlichen Raum verbessern, klima-widerstandsfähig machen und irgendwie freundlicher gestalten. Eine besondere Erfahrung war es am Anfang, als Anwohner in den öffentlichen

Raum zu gehen – wie auf eine Bühne gehen war das. Das hat mich zuerst Überwindung gekostet.

Als die Parkplätze wegfielen, haben wir überlegt, ob wir den Anwohnern etwas anbieten können, um ihre Besorgungen erledigen zu können. Der ADFC schlug eine Lastenrad-Verleihstelle vor. Der Weltladen der Kirche übernimmt jetzt die Ausleihe eines Rads und ein zweites steht bei einer Druckerei.

Die Erfahrung ist, wenn die Autos aus dem öffentlichen Raum verschwinden, dringen die Menschen ein und machen was damit. Die Stimmung ist gut und es macht Spaß.

Wollt ihr eure Idee weitertragen?

Ja, auf jeden Fall. Es kommen viele Leute vorbei und lassen sich anstecken. Aber Leute in Mietwohnungen haben es schwerer, bei Vermietern Regenwassertonnen zu beantragen. Eigentümergemeinschaften haben es leichter. Mit dem „100 Regentonnen-für-den-Bezirk-Programm“ ist die Umsetzung heute viel einfacher geworden.

Die Grundschule am Platz ist auch sehr wichtig. Die hat für die Straße eine Hopseschule entworfen, die jetzt fest aufgetragen ist, in den Farben der Ukraine.

Und wir haben den Plan, mit den Kindern der Grundschule zu gärtnern, Bienen- und Insektenkunde zu betreiben, Umweltbildung. Wir müssten erst ein Konzept entwickeln und der Schule und den Eltern vorstellen, vielleicht dann zu einer Schul-AG einladen. So etwas ist ausbaubar. Auf diese Weise funktioniert hier unsere Arbeit und so gewinnen wir vielleicht auch neue Leute.

Wie steht ihr zu weiteren Plänen von Bezirk und Senat?

Seit zwei Jahren existiert ein Plan zur weiteren Umgestaltung des Platzes. Alle Bürger*innen sind beteiligt worden. Das zur Verfügung stehende Geld wird nicht reichen, um z.B. das Pflaster für Rollatoren geeignet zu verlegen. Das war eine meiner Forderungen. Die Pläne sind noch vage.

Ein Problem wird für uns die nächtliche Schließung des Görlitzer Parks. Die wird den Druck auf den

Lausitzer Platz erhöhen. Das finden wir schrecklich. Und wir wappnen uns schon dagegen. Wir sichern unsere Hauseingänge für viel Geld. Bisher haben sich Drogenabhängige und Obdachlose hier am Platz „integriert“, haben sogar ein bisschen auf unser Wildblumenbeet und Bienenhotel an der Kirche aufgepasst. Aber dieses Gleichgewicht könnte demnächst kippen.

Wie ist das Miteinander auf dem Platz?

Hier ist es sehr gemischt: international, alt und jung. Läden und Gastronomie profitieren ungemein vom neuen Platz. Die beteiligen sich auch, indem sie ihre Toiletten zugänglich machen, den Schlüssell für den Gartengerätecontainer verwalten, einen Standort für die Lastenräder zur Verfügung stellen. Am Lausitzer Platz herrscht gute Stimmung und es macht Spaß, dort zu sein.

Wir saßen zum Interview auf einer der Bänke unter den Linden und konnten uns selbst ein Bild vom Gelingen dieses Projektes machen.



Interview von Nicol Schmidt und Anne Vechtel, AG Klima & Ökologie

Weiterführende Links

Pressemitteilung Bezirksamt „100 Regentonnen für Friedrichshain-Kreuzberg“: <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/aktuelles/pressemitteilungen/2025/pressemitteilung.1591386.php>

Koordinierungsstelle Umweltbildung „Mit Regentonnen zur Schwammstadt“: <https://naturerleben-xhain.berlin/regentonnen/>

Regentonnen für Berlin – Der kleine Ratgeber: https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/oeffentlicher-raum/ueberblick_regentonnen_xhain.pdf?

Autorin: Kübra Beydas, Mitglied Geschäftsführender Ausschuss

Kübra auf Instagram: [@kuebra.beydas](https://www.instagram.com/kuebra.beydas)

Friedrichshain-Kreuzberg klimaangepasst!

Zum Schwammbezirk mit grünen Gullys

Im Zusammenhang mit Klimaschutz und -anpassung wird oft mit großen Worten hantiert, die im Kern alle dasselbe meinen – unsere Stadt muss sich dem veränderten Klima anpassen, damit sie für uns Berliner*innen lebenswert bleibt.

Die Sommer werden immer trockener, die Winter wärmer. Das macht es nicht-heimischen Arten leichter zu überleben, sich zu vermehren und andere Arten zu beeinträchtigen – oder es beeinflusst die Gesundheit unserer Bäume, den Grundwasserstand und unsere Lebensqualität.



Ein grüner Gully in der Ruhlsdorfer Straße

Mehr offene Flächen

Weit mehr als die Hälfte unserer Straßenbäume sind bereits geschädigt. Bei den Waldbäumen verzeichnen wir eine ähnliche Bilanz. Gesunde Bäume gibt es in Friedrichshain-Kreuzberg nur noch selten. Aber nicht nur Trockenheit, auch die luft- und wasserdichte Abdeckung der Böden mit Asphalt, Beton und Pflastersteinen sowie Bauarbeiten im Wurzelbereich schädigen Bäume. Während Initiativen, Umweltverbände und wir Grüne seit langem für jede noch so kleine Öffnung der Böden kämpfen, verabschiedet der schwarz-rote Senat das Schneller-Bauen-Gesetz, und hebt damit durch die Hintertür den Naturschutz aus.

Mehr grüne Gullys

Schon kleinste Bodenentsiegelungen können große Wirkung zeigen. Ein Beispiel dafür sind grüne Gullys. Wenn es viel regnet, fließt bei konventionellen Gullys viel kostbares Regenwasser direkt in die Kanalisation ab und mischt sich dort mit dem Abwasser. Grüne Gullys verhindern genau das. Um einen grünen Gully herum wird der Boden geöffnet, sodass das Regenwasser im Boden versickern kann. Bei der Versickerung werden Öl, Reifenabrieb und Mikroplastik herausgefiltert. Das versickernde Was-

ser bewässert damit nicht nur umliegende Bäume, sondern auch die Pflanzen und die Vegetation, die um den Gully herum Insekten und anderen Lebewesen Lebensraum bieten. Sie schützen die Kanalisation vor Überlastung und wenn es heiß wird, kühlen sie mit der Verdunstung des gespeicherten Wassers die Umgebung ab.

So funktioniert kurz gefasst eine Schwammstadt. Weitere wirksame Maßnahmen sind begrünte Dächer und Fassaden, offene Wasserflächen, Wasserrückhaltebecken, kleine Wälder, also alles, was ein nachhaltiges Regenwassermanagement ausmacht. In der Stadt der Zukunft könnte Regenwasser sogar flächendeckend für die Toiletten-spülung verwendet und so kostbares Trinkwasser gespart werden.

Was passiert konkret im Bezirk?

Um die Straßenbäume in Friedrichshain-Kreuzberg sieht es nicht gut aus. In der Blücherstraße sind sie in solch einem desolaten Zustand gewesen, dass das Bezirksamt nur noch die Wahl hatte, Maßnahmen zur Rettung einzuleiten oder sie zu fällen. Die Baumwurzeln hatten bereits den Asphalt der Straße erheblich beschädigt, eine Erneuerung stand ohnehin an. Also hat das grün geführte Straßen- und Grünflächenamt entschieden, die Baumscheiben zu erweitern und grüne Gullys zu installieren.



Kübra Beydas

Was können Friedrichshain-Kreuzberger*innen schon heute tun?

Die einfachste und schnellste Form, für unsere Bäume und grünen Lebensräume zu sorgen, ist das Bewässern und Bepflanzen von Baumscheiben. Sie sind Lebensraum für Bienen und andere bestäuberfreundliche Pflanzen und tragen viel zur biologischen Vielfalt bei.

Wer sich informieren möchte, Ideen und Anregungen hat, kann sich u.a. bei der Regenwasseragentur auf: <https://regenwasseragentur.berlin/> und dem Bezirksamt melden: <https://gruenlink.de/dz0v1bfqtn>

Autorin: Jenny Laube, Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss

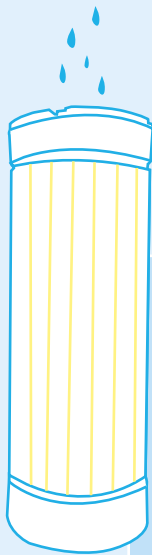
Pizza to go, aber nachhaltig



Am Urbanhafen, Petersburger Platz und im Volkspark Fhain stehen jetzt unter dem Motto „Pizza finito?“ spezielle Pizzakartonsammler bereit. Außerdem bieten fünf innovative Pizzerien ihre Pizzen in nachhaltigen Mehrwegboxen an:

- Parma di Vinibenedetti (Kreuzberg),
- Pizzeria Laila (Kreuzberg),
- TERRA (Kreuzberg),
- Trattoria Bar Lambretta (Friedrichshain)
- Zeus Pizza & Pide (Friedrichshain).

Beides sind wichtige Schritte für weniger Vermüllung und mehr Ressourcenschonung.



Mit Regenwasser gegen die Hitzesommer

Mit 100 neuen öffentlichen Regentonnen (Fassungsvermögen je 1.000 l) sollen Xhainer*innen künftig Bäume und Grünflächen in ihrer Nachbarschaft in trockenen Sommern mit Regenwasser bewässern. Die ersten stehen schon (z.B. am Lausitzer Platz). Alle Infos zur Beantragung und Pflege gibt es unter: <https://naturerleben-xhain.berlin/regentonnen/> Mehr dazu auf Seite 5.

Xhainer KlimaDashboard – Mit Zahlen, Daten, Fakten für ein lebenswertes Xhain



Transparenter, verständlicher, verbindlicher: Mit dem neuen KlimaDashboard können alle nachvollziehen, wie sich Friedrichshain-Kreuzberg auf dem Weg zur Klimaneutralität entwickelt. Auf Basis offener Daten zeigt es nicht nur aktuelle Kennzahlen, sondern auch laufende Projekte und notwendige Maßnahmen. Mitarbeit, Einblicke und nachhaltiges Engagement sind ausdrücklich erwünscht – unter: <https://www.klimadashboard-xhain.de/>



Zaun des Grau'ns

Von den vielen versprochenen Maßnahmen des Kai Wegner-Sicherheitsgipfels 2023 kommt nach 18 Monaten nun einzig der schon jetzt zum Symbol (der Unvernunft) gewordene Zaun um den Görli. Die ersten 300 Meter – samt Toren und Drehkreuz – wurden Anfang November installiert. Gelder für aufsuchende Sozialarbeit, Toilettenbetreuung, Konsumräume oder das Projekt des Spritzensammelns durch Betroffene fielen allesamt den Haushaltsverhandlungen von CDU und SPD zum Opfer. Was bleibt, sind 1,7 Mio. EUR für einen Zaun, den nur Kai Wegner wirklich will. Mehr dazu auf den Seiten 12-13.

Blücherstraße: Mehr Baumschutz und Verkehrssicherheit

Um mehrere Duzend Stadtbäume in der Blücherstraße zu retten, wurde die sanierungsbedürftige Blücherstraße klima- und kinderfreundlich umgestaltet. Durch neue barrierearme Übergänge, die Einrichtung einer Fahrradstraße und deutlich vergrößerte Grünbereiche haben die Bäume eine Überlebenschance. Nebenbei wurde auch die Sicherheit für Kinder der Europa-Kita und der Carl-von-Ossietzky-Schule sowie der Sportler*innen der ansässigen Sportvereine erhöht.



Ostkreuzkiez beruhigt sich weiter

Die durch einen Einwohner*innen-Antrag angestoßene Verkehrsberuhigung im Rahmen des Projekts „Xhain beruhigt sich“ (<https://xhain-beruhigt.berlin/gebiete/ostkreuz-kiez/>) nimmt auch im Ostkreuzkiez mehr und mehr Gestalt an: Fahrradstraßen in Modersohn- und Gärtnerstraße, eine Schulzone (nur Fußverkehr) in der Scharnweberstraße sowie eine Durchfahrtsperre in der Niederbarnimstraße zur Unfallreduzierung. Die Gegend um den Boxhagener Platz war in den vergangenen Jahren ein Unfall-Hotspot. Mit gezielten Maßnahmen zur Reduktion des Durchgangsverkehrs und zur Entschleunigung wird der Ostkreuzkiez sicherer und lebenswerter für Anwohnende und Besucher*innen. Mehr dazu auf den Seiten 10-11.

Deutsche Wohnen & Co enteignen legt Gesetzentwurf vor

Vier Jahre nach dem erfolgreichen Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co enteignen (58 % Zustimmung der Abstimmenden) hat die gleichnamige Initiative mit einem eigenen Gesetzentwurf reagiert. Bis zu 220.000 Wohnungen von Konzernen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin könnten nach diesem Gesetz aus privatem Eigentum in Gemeineigentum überführt werden. Der Gesetzentwurf ist als Dialogangebot gemeint. Alle Infos und wie es weitergeht unter: <https://dwenteignen.de/unser-gesetz>

Diesmal ohne Blockade – Vergesellschaftung bald per Gesetz.



Jetzt DWE unterstützen!
<https://dwenteignen.de/unser-gesetz>

Autor: Günter Bartsch, Mitglied der Stachel-Redaktion

BILDUNG

Der Wechsel an die weiterführende Schule

Eltern und Kinder am Limit

Kinder, die von der Zeugnisausgabe weinend nach Hause kommen – mit einem Notendurchschnitt von 1,7. In Berlin gehört das zur Normalität. Denn eine 1,7 reicht oft nicht aus, um auf die weiterführende Schule in der Nachbarschaft zu gelangen. Einzelne Gymnasien haben dieses Jahr sogar Schüler*innen mit 1,0 abgelehnt – aus Platzmangel. Wie kann das sein?

Die Gründe sind vielfältig: Mehr Schüler*innen – durch geburtenstarke Jahrgänge und Zuzug. Kaputtgesparte Schulgebäude (dank Sarrazin & Co.). Und der große Mangel an Lehrkräften und Erzieher*innen. In manchen Stadtteilen, wie Prenzlauer Berg und Friedrichshain, ist die Lage besonders dramatisch. Den Numerus Clausus („NC“), den man früher nur von besonders beliebten Studiengängen kannte, gibt es faktisch an allen Sekundarschulen und Gymnasien, an denen die Zahl der Anmeldungen die Zahl der Plätze übersteigt. Zu den Extremfällen zählt seit Jahren die Ellen-Key-Schule in Friedrichshain: Hier gab es zuletzt 292 Erstwunsch-Anmeldungen – auf 130 Regelplätze. Um angenommen zu werden, brauchte man einen Notenschnitt von 1,3.

Erstwunsch, Zweitwunsch, Drittwunsch – was hat es damit auf sich?

Neben der Wunschscheule – dem Erstwunsch – geben die Bewerber*innen zwei weitere Schulen an, die sie sich alternativ vorstellen können. Das Problem ist: Wenn die Zweit- und Drittwunschschulen ebenfalls mehr Erstwunsch-Anmeldungen als Plätze haben, werden dort die Schüler*innen mit Erstwunsch bevorzugt. So kann es am Ende passieren, dass die Verwaltung der Schüler*in einen Platz an einer ganz anderen Schule in der Stadt zuweist – Schulwege von bis zu einer Stunde gelten dann als zumutbar. In Pankow ist das dieses Jahr sogar Kindern mit einem Schnitt von 1,0 passiert. Die Verzweiflung war groß.

Es empfiehlt sich daher, taktisch vorzugehen: Selbst wenn der Notenschnitt nicht reicht, kann es bei der Herzenswunschscheule noch über das Losverfahren klappen, über das einige Plätze vergeben werden. Ein Risiko, aber auch eine Chance. Umso wichtiger ist es, beim Zweit- und Drittwunsch eine Schule auszuwählen, die voraussichtlich mehr Plätze als Erstwünsche hat – jedenfalls, wenn man eine wohnortnahe Schule sucht. Sonst sind Zweit- und Drittwunsch verschenkt.



Das Robert Koch Gymnasium, im Schuljahr 24/25 übernachgefragt, hatte in diesem Jahr deutlich weniger Anmeldungen.

Man sollte sich also gut informieren, welche Chancen auf der jeweiligen Schule bestehen. Es lohnt sich, auch mal in Nachbarbezirken – zum Beispiel in Lichtenberg – zu gucken, ob eine weniger nachgefragte Schule mit U-/S-Bahn oder Tram einigermaßen schnell erreichbar ist. Geht man zum Tag der offenen Tür, bekommt man von mancher Schule etwas anderes vermittelt. Wenn dem Kind die Schule gefalle, dann solle es sich doch einfach anmelden. Zugleich wird nicht selten verschwiegen, welcher Notenschnitt zuletzt notwendig war, um angenommen zu werden. Beides hat – aus Sicht der Schulen – nachvollziehbare

Gründe: Es gibt eine gewisse Pendelbewegung in der Nachfrage: Wenn eine Schule im Vorjahr besonders nachgefragt war, bewerben sich die Schüler*innen im Folgejahr tendenziell vermehrt an anderen Schulen. Natürlich haben die Schulen Interesse, ihre Plätze zu füllen – auch mit leistungsstarken Schüler*innen. Daher lässt die Offenheit hier manchmal zu wünschen übrig. Auch die Bezirke sind nicht immer auskunftsfreudig. Ein Auskunftsersuchen gemäß Informationsfreiheitsgesetz

beim Schulamt Friedrichshain-Kreuzberg wurde 2023/24 erst nach mehrmaligem Nachhaken – am Ende mit Klageandrohung – beantwortet, mehrere Monate nach dem Ablauf der gesetzlichen Fristen. Immerhin hat die Senatsverwaltung inzwischen Zahlen veröffentlicht, die zum Beispiel im Tagespiegel aufbereitet wurden.

Das System ist ungerecht

Dabei wäre ein transparenter Umgang absolut angebracht: Das derzeitige System und der Mangel

an Schulplätzen – gerade in den innerstädtischen Bezirken – führt zu großer Ungerechtigkeit: Viele Kinder werden auf der Jagd nach guten Zensuren erheblich von ihren Eltern unterstützt – und bekommen zumindest auch aus diesem Grund den Platz an ihrer Wunschscheule. Sind die Eltern dazu nicht in der Lage, schneiden die Kinder oft schlechter ab – und müssen sich mit einem von der Verwaltung zugewiesenen Schulplatz zufriedengeben. Eine Schulplatzklage leisten sich in der Regel nur finanziell privilegierte Familien.

Massiven Stress birgt es für fast alle Schüler*innen – und zwar fast zwei Schuljahre lang. Denn der Notenschnitt – die sogenannte Förderprognose – setzt sich aus dem Jahreszeugnis der 5. Klasse und dem Halbjahreszeugnis der 6. Klasse zusammen. Hier wird oft um jede Eins gekämpft.

Eine erhebliche Entlastung würde es bringen, wenn mehr Integrierte Sekundarschulen (ISS) auch eine gymnasiale Oberstufe anbieten. Die Ellen-Key-Schule hat eine solche – sicherlich ein Grund für die hohen Anmeldezahlen. Die benachbarten ISS ohne Oberstufe sind demgegenüber weniger nachgefragt – wer dort Abitur machen will, muss auf eine andere Schule wechseln. Alles möglich – aber viele Schüler*innen möchten aus guten Gründen gern von der 7. bis zur 13. Klasse an derselben Schule bleiben. Viele Familien sehen auch andere Vorteile der ISS gegenüber dem Gymnasium, zum Beispiel kleinere Klassen und ein zusätzliches Jahr bis zum Abitur.

Wie wichtig gerechte Zugangsbedingungen sind, unterstreicht Marianne Burkert-Eulitz, Sprecherin für Familie und Bildung der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus: „Es kann nicht sein, dass Kinder durch die halbe Stadt fahren müssen, weil ihr Notendurchschnitt für keine weiterführende Schule im eigenen Kiez reicht. Wir setzen uns dafür ein, Zugangsregeln gerechter zu gestalten – damit alle Kinder, unabhängig von ihrem Leistungsniveau, wohnortnah eine passende Schule finden. Transparente Anmeldezahlen und die Erörterung von niedrigschwelligen, leistungsunabhängigen Aufnahmeverfahren sind dafür zentrale Voraussetzungen.“

VIelfalt & Inklusion

Autorinnen: Olja Koterewa, Vorsitzende der BVV-Fraktion Xhain / Jutta Schmidt-Stanojevic, BVV-Fraktion Xhain

LINK zum Online-Artikel mit weiterführenden Infos: <https://gruenlink.de/xa49168iuj>
Olja auf Instagram: [olja.koterewa](#)



Kein Weg zur Schule

Wenn Bürokratie Familien ausgrenzt

Ein inklusives Bildungssystem ist eine grundlegende Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft. Doch in Berlin, und leider auch in Friedrichshain-Kreuzberg, erleben viele Familien mit Kindern mit Behinderungen, dass dieses Versprechen nicht eingelöst wird. Besonders eklatant zeigt sich dies in der Beförderung der Kinder zu Schulen und Ferienhorten. Was eine unterstützende Maßnahme zur Teilhabe sein sollte, wird für viele betroffene Familien zum bürokratischen Spießrutenlauf – mit gravierenden Folgen für alle Familienmitglieder.



Olja Koterewa (li.), Jutta Schmidt-Stanojevic

Berücksichtigung individueller Bedarfe? Fehlanzeige!

Ein zentrales Problem liegt in der Intransparenz und Unzugänglichkeit der Bewilligungspraxis. Kinder, die aufgrund der Schwere ihrer Behinderung auf einen Einzeltransport angewiesen sind – etwa aus Gründen der Reizüberflutung, Anfalls-

risiken oder starker Mobilitätseinschränkungen – bekommen diesen oft nicht bewilligt. Stattdessen werden sie in Sammeltransporten untergebracht, die ihre individuellen Bedarfe nicht berücksichtigen. Dies ist nicht nur eine Missachtung der UN-Behindertenrechtskonvention, sondern stellt eine unmittelbare Gefährdung des Kindeswohls dar. Auch bei getrenntlebenden Eltern stoßen Familien auf massive Hürden. Flexible Abhol- und Bringorte, die den Alltag dieser Familien abbilden, sind nicht vorgesehen. Eine Änderung des Abholortes – etwa, wenn das Kind am Wochenende beim anderen Elternteil war – ist nicht möglich. Diese Praxis ignoriert die Lebensrealitäten vieler Patchwork-Familien.

Fehlende Aufklärung verschärft Ungleichheit

Doch besonders diskriminierend stellt sich die Situation in den Schulferien dar. Grundsätzlich stehen auch für Kinder mit Behinderungen die Angebote der Ferienhorte zur Verfügung. Damit wird soziale Teilhabe ermöglicht, Familien werden entlastet und Eltern die Erwerbstätigkeit ermöglicht. Doch die Beförderung zu diesen Einrichtungen wird oft nicht übernommen. Das bedeutet: Die Betreuung muss in den Ferien vollständig durch die Eltern sichergestellt werden. Eine durchgehende Erwerbstätigkeit wird so nahezu unmöglich, ins-

besondere für Alleinerziehende. Dies ist eine stille Form der sozialen Ausgrenzung. Was besonders empörend ist: Viele Familien wissen nicht, dass sie nach dem Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – auch für die Ferienzeiten einen Anspruch auf Beförderung haben, wenn sie diese beim Teilhabefachamt beantragen. Doch der Hinweis wird im Schulamt oftmals nicht gegeben. Dabei formuliert das Bundessteilhabegesetz klar den Anspruch, dass „Leistungen aus einer Hand“ erbracht werden müssen. Mit anderen Worten: eine koordinierende Stelle muss sicherstellen, dass alle notwendigen Leistungen gebündelt und abgestimmt erbracht werden. Ein Grundproblem dafür liegt in der unzureichenden Finanzierung durch den Berliner Senat. Die Mittel, die den Bezirken für die Schüler*innenbeförderung zur Verfügung gestellt werden, reichen bei Weitem nicht aus, um die tatsächlichen Bedarfe zu decken. Diese strukturelle Unterfinanzierung führt dazu, dass Anträge restriktiv bewilligt werden – auf dem Rücken der Schwächsten.

Was jetzt passieren muss

Wenn wir es mit Inklusion ernst meinen, darf diese Praxis nicht weiter geduldet werden. Als Bündnisgrüne stehen wir für eine Gesellschaft, in der alle Kinder, unabhängig von Behinderung, Herkunft

oder familiärer Situation, die gleichen Chancen haben. Dafür braucht es:

- Transparente, niedrigschwellige und in allen Bezirken einheitliche Antragsverfahren, die die Bedarfe der Kinder in den Mittelpunkt stellen.
- Eine verlässliche Finanzierung der Schüler*innenbeförderung durch den Senat.
- Die Möglichkeit flexibler Abholorte.
- Eine umfassende Aufklärung der Eltern über ihre Rechte – am besten schon beim Schuleintritt.

Als Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg setzen wir uns nachdrücklich für eine auskömmliche Finanzierung des Haushaltsansatzes für die Schüler*innenbeförderung ein. Unser Ziel ist klar: Alle angemeldeten Bedarfe müssen gedeckt werden – unabhängig von Haushalts-sperren oder bürokratischen Hürden. Gleichzeitig versuchen wir, durch schriftliche Anfragen an das Bezirksamt mehr Transparenz über die bestehende Verwaltungspraxis zu schaffen und Licht in den Behördendschungel zu bringen, mit dem viele Familien tagtäglich konfrontiert sind. Denn die aktuelle Praxis der Schüler*innenbeförderung in Berlin ist ein Beispiel dafür, wie strukturelle Diskriminierung im Alltag von Familien mit behinderten Kindern wirkt – oft unsichtbar, aber mit weitreichenden Konsequenzen.

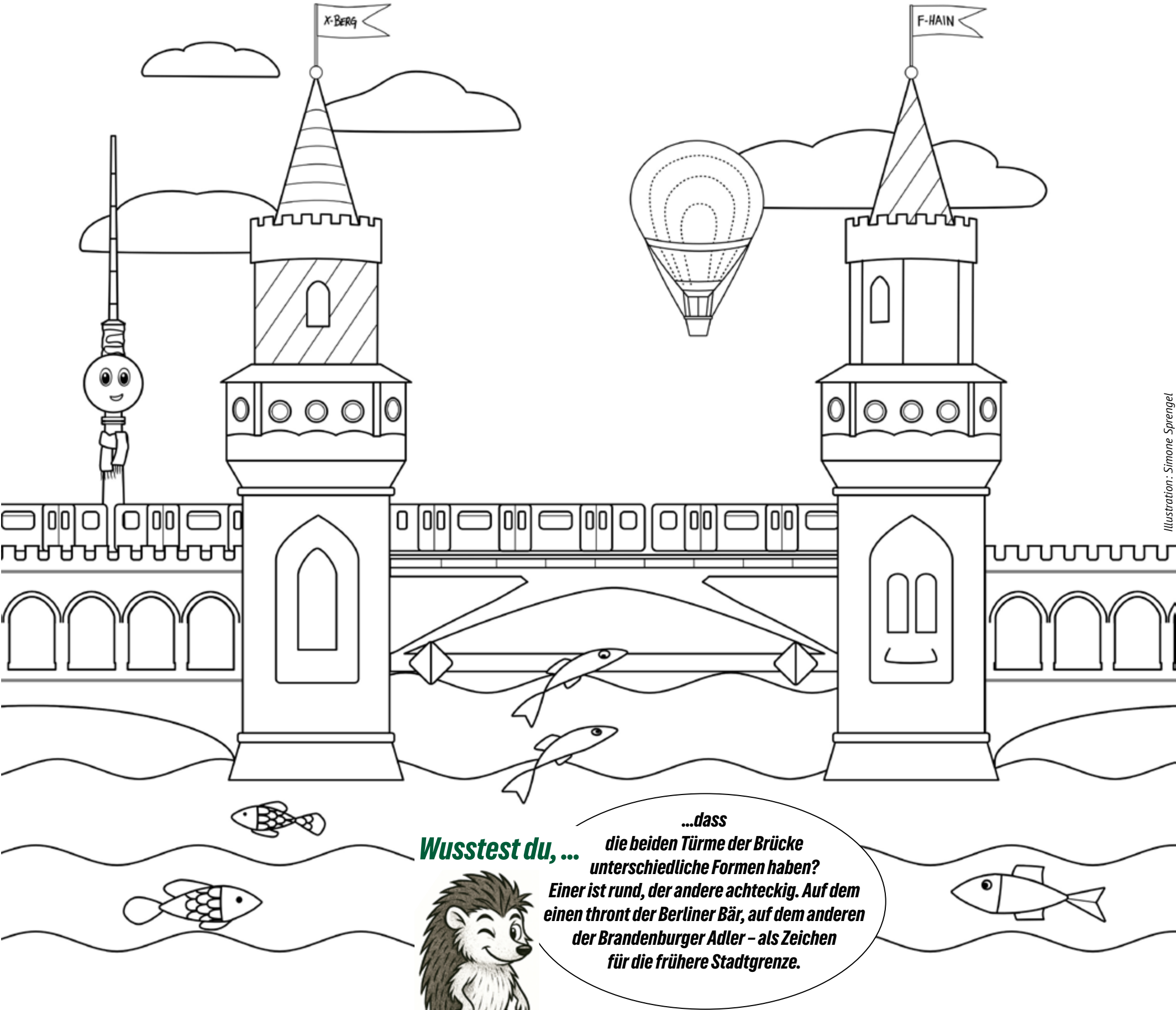


Illustration: Simone Sprengel

Tic-Tac-Toe

Zeitvertreib zu zweit!

In jedem 3x3 Kästchen können zwei Personen abwechselnd Kreise (O) und Kreuze (X) setzen. Wer zuerst drei Kreise oder Kreuze in einer Reihe (waagrecht, senkrecht oder diagonal) hat, gewinnt!

Buchstabensalat

Finde die Orte in unserem Bezirk!

In diesem Buchstabensalat haben sich **zwölf bekannte Orte** aus Friedrichshain-Kreuzberg versteckt. Die Wörter können waagrecht oder senkrecht stehen – manchmal sogar rückwärts! Kreise sie ein, wenn du sie gefunden hast.

N	E	P	R	R	D	L	Q	S	Z	A	L	R	A	M
O	B	E	R	B	A	U	M	B	R	U	E	C	K	E
A	Z	E	T	S	B	O	X	I	R	F	W	E	K	Z
L	M	J	S	U	E	D	S	T	E	R	N	E	A	B
Z	R	R	H	L	T	T	E	A	O	E	A	R	E	T
U	P	A	Y	L	Q	A	Z	K	T	K	H	P	A	U
E	N	W	K	R	A	P	S	K	L	O	V	S	H	T
R	I	A	C	I	L	R	E	O	G	W	B	M	Z	H
K	C	Z	E	I	K	L	E	G	N	A	R	W	E	O
T	N	U	E	N	E	L	L	A	H	T	K	R	A	M
S	B	E	I	T	T	O	K	Q	Q	I	V	T	E	H
O	F	R	A	N	K	F	U	R	T	E	R	T	O	R

Wortliste: Oberbaumbrücke, Goerli, Boxi, Kotti, Volkspark, Spree, Wrangelkiez, Frankfurtertor, Markthallenneun, Suedstern, RAW, Ostkreuz

Autorin: Antje Kapek, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Verkehrspolitische Sprecherin

Antje auf Instagram: @ antje_kapek

A100: Chaos in neuer Dimension

Stau, Lärm und Lebensgefahr – den Preis für die CDU-Verkehrspolitik zahlt der ganze Kiez

60 Jahre wurde die A100-Verlängerung von Neukölln nach Treptow geplant, zwölf Jahre wurde sie gebaut und 720 Millionen Euro hat sie verschlungen. Mit der Eröffnung des 16. Bauabschnitts hat die CDU erreicht, woran andere seit Jahrzehnten scheitern: Der Osten und der Westen Berlins sind wieder vereint – in Autobahnchaos, Lärm und Dauerstau.

Verkehrskollaps mit Ansage

Das Versprechen war groß: Man würde den Osten Berlins endlich besser anbinden. In der Realität hingegen hat die Eröffnung des neuen Autobahnteilstücks zum größten Verkehrskollaps der jüngeren Geschichte Berlins geführt. Kilometerlange Staus in alle Richtungen. Gefahr für Leib und Leben zu Fuß und auf dem Rad. Busse und Rettungsdienste, die kaum mehr durchkommen. Kieze, die im Durchgangsverkehr ertrinken. Das war wochenlang der Alltag vor Ort.



Ein täglich wiederkehrendes Bild für Wochen: Der Stau auf der A100 Richtung Treptow.

Dabei hätte es nicht so weit kommen dürfen. Schon 2009 zeigte ein Gutachten des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, dass das umliegende Straßennetz den abfließenden Autobahnverkehr nicht auffangen würde – und das war noch vor der Baustelle auf der Elsenbrücke! Schon bei 25.000 Fahrzeugen am Tag herrschte rund um die Brücke Dauerstau – die Autobahnverlängerung hat den Verkehr jetzt verdreifacht. Jahrelang haben wir den Senat gewarnt: Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten.

Deshalb ist es auch wenig glaubwürdig, wenn Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) behauptet, sie habe den Verkehr vorab simuliert – dieser habe sich in der Realität nur überraschenderweise ganz anders verhalten. Sie trägt zusammen mit Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) und dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU) die Verantwortung für dieses Chaos. Dass die Eröffnung klammheimlich hinter verschlossenen Türen „gefeiert“ wurde, sagt eigentlich alles darüber, wie verantwortungslos hier wider besseres Wissen gehandelt wurde.

Lebensgefahr für die Schwächsten

Als erstes bleibt in dieser Situation die Verkehrssicherheit auf der Strecke. Vom Plänterwald bis zur Oberbaumbrücke, von der Kieffholzstraße bis zum Ostkreuz überfluten Zehntausende Autos die Straßen. Ständig fahren sie in verstopfte Kreuzungen hinein, die sie nicht rechtzeitig wieder verlassen können, wenn die Ampel rot wird. Die Folge: Fußgänger*innen und Radfahrende müssen sich zwischen hupenden Autos hindurchquetschen, obwohl sie eigentlich grün hätten. Manche Autos fahren auch auf dem Radweg und auf der Busspur, weichen teilweise sogar auf Gehwege aus. Für Kinder auf dem Schulweg, ältere Menschen oder

Menschen mit einer Einschränkung ist das lebensgefährlich.

Dass die Polizei an manchen Ecken Kinder über die Straße lotsen muss, spricht Bände. Wir erwarten von der CDU-Verkehrssenatorin, dass sie aufhört, uns diesen Ausnahmezustand als Normalität verkaufen zu wollen und stattdessen echte Schutzmaßnahmen auf den Weg bringt. Denn die Hauptleidtragenden sind, wie so oft, diejenigen, die den meisten Schutz bräuchten. Indem sie hier nicht durchgreift, macht die CDU Politik gegen die Menschen.

Auch der öffentliche Nahverkehr leidet dramatisch. Die Buslinien M43 und 194 nach Treptow und Stralau fallen regelmäßig aus, überspringen Haltestellen oder haben eine halbe Stunde Verspätung. In einer Stadt, in der zwei Drittel der Menschen kein eigenes Auto besitzen, sind besonders viele auf verlässliche Öffis angewiesen. Von der CDU-Verkehrspolitik werden sie buchstäblich im Regen stehen gelassen. Das ist keine Anbindung, sondern ein Ausschluss von Mobilität.

Gegeneinander statt Miteinander

Nun könnte man der CDU unterstellen, dass sie sich ja ohnehin nur für das Auto interessiert – hat sie doch noch 2023 damit Wahlkampf gemacht, dass Berlin sich das Auto nicht verbieten lassen solle. Die A100-Verlängerung war immer als Autoprojekt gedacht, um Berlin zur „autogerechten Stadt“ umzubauen. Aber was ist denn jetzt mit den Autofahrer*innen – nutzt wenigstens denen das Projekt?

Die Frage beantwortet sich angesichts der kilometerlangen Staus wohl von selbst. Was Autos in dieser Stadt am meisten am Fortkommen hindert, sind: die anderen Autos. An bestimmten Punkten im Straßennetz sind schlicht zu viele Autos unterwegs. Wir müssen also den Verkehr drosseln und all jenen gute Alternativen bieten, die auch auf Bus und Bahn oder das Rad umsteigen können.

Doch statt zum Beispiel auf der Elsenbrücke eine Busspur einzurichten, damit wenigstens die BVG durchkommt, streicht die CDU dort nun sogar einseitig den Radweg. Das ist keine Politik für alle, das ist nicht einmal Politik für Autos, das ist Politik GEGEN alle. Statt des versprochenen Miteinanders gibt es mit der CDU nur ein gefährliches Gegeneinander.

Verkehrskonzept – aber flott

Was also ist jetzt ganz akut zu tun? Im Abgeordnetenhaus hat die Grüne Fraktion einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem wir fordern, den 16. Bauabschnitt so lange wieder zu sperren, bis die Elsenbrücke frei ist. Denn die Probleme an der Autobahnabfahrt lassen sich nicht grundlegend lösen, solange mehr Autos in das Gebiet geleitet werden als abfahren können. Oder anders ausgedrückt: wenn man über einem verstopften Waschbecken den Wasserhahn aufdreht – dann läuft es eben über. Deshalb muss die Elsenbrücke auch schnellst-



Grüner Protest gegen die Erweiterung der A100

möglich vollständig wieder aufgebaut werden.

Zudem müssen die Ampelschaltungen so angepasst werden, dass sie den von der Autobahn kommenden Verkehr wirksam dosieren. Bus- und Radspuren müssen konsequent freigehalten, Schulwege gesichert werden. Verstöße gegen die Verkehrsregeln müssen Polizist*innen nicht nur registrieren, sondern permanent von Anfang an unterbinden. Es kann nicht sein, dass der Senat die Verantwortung für die fehlende Verkehrssicherheit auf die Autofahrer*innen schiebt, aber gar nicht erst versucht, die Regeln durchzusetzen.

Darüber hinaus brauchen alle Wohngebiete in Kreuzberg, Treptow, Lichtenberg und Neukölln, die nun verstärkt vom Ausweichverkehr betroffen sind, Schutzmaßnahmen – genauso übrigens wie die Charlottenburger Kieze, die aktuell von der Umleitung um die Ringbahnbrücke betroffen sind. Dazu gehören alle Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung – auch Kiezblocks, die Durchgangsverkehr aus Wohngebieten fernhalten.

Die Straße den Menschen zurückgeben

Gerade bei uns in Friedrichshain-Kreuzberg ist das allein schon eine Frage der Gerechtigkeit. Aktuell sind in Berlin fast zwei Drittel der Verkehrsflächen dem Auto gewidmet, obwohl in der Stadt gerade mal 20 Prozent der Wege mit dem Auto zurückgelegt werden – in Friedrichshain-Kreuzberg sind es sogar nur 13,5 Prozent. Die überwältigende Mehrheit der Menschen geht zu Fuß, fährt Rad oder nimmt die Öffis. Das muss man im Stadtbild auch sehen können!

Während der vielen Spielstraßen-Projekte im Sommer konnte man eindrücklich sehen, was passiert, wenn man Straßen den Menschen zurückgibt: Innerhalb von wenigen Minuten füllt sich eine ganze Straße mit spielenden Kindern, Eltern, die sich unterhalten, Menschen, die stehen bleiben und zuschauen.

Unsere Lebensqualität muss endlich wieder Priorität haben in der Berliner Verkehrspolitik. Schutz vor Lärm und verschmutzter Luft darf kein Luxus für wenige Wohlhabende sein, sondern muss auch innerhalb des S-Bahn-Rings zur Normalität werden. Kinder haben ein Recht darauf, selbstständig und sicher zur Schule laufen oder fahren zu können. Wir wollen Bäume und Bänke statt Beton, breite Radwege statt Stau und Abgase, barrierefreie Gehwege und einen verlässlichen Nahverkehr statt neuer Autobahnen.

Schluss mit Verlängerungsfantasien

Deshalb braucht es auch eine endgültige Absage an jegliche weitere Autobahn-Verlängerungsfantasien. Während die CDU nicht aus ihren Fehlern lernt und weiter vom 17. Bauabschnitt träumt, hat der Bund dem Projekt längst einen Finanzierungsstopp erteilt. Selbst im Vergleich zum letzten Bauabschnitt ist dieses Projekt noch einmal viel komplizierter.

Zur Erinnerung: Der 16. Bauabschnitt hat bereits den traurigen Titel der teuersten Autobahn Deutschlands. Während des Baus wurden Wohnhäuser abgerissen und Parks vernichtet. Das Ziel der Befürworter, Verkehr aus den Wohngebieten zu ziehen, hat sich ins Gegenteil verkehrt. Deshalb muss endgültig Schluss sein mit der A100, und der Berliner Senat muss sie aus dem Bundesverkehrswegeplan abmelden.

Sogar der US-Fernsehsender CNN stellte unlängst fest: Die Autobahnverlängerung „symbolizes all that's wrong with German infrastructure issues“. Wenn der 16. Bauabschnitt also für irgendetwas gut sein soll – dann zeigt er, wie es NICHT geht. Wie man Gegeneinander statt Miteinander schafft, wie man allen Menschen gleichzeitig schadet, wie man die Stadt weniger lebenswert macht.

Nutzen wir diese Gelegenheit als Startschuss für einen Neubeginn bei der Verkehrswende in Berlin. Damit bald wieder alle sicher, zuverlässig und bestenfalls sogar mit Freude an ihr Ziel kommen.

Was wir mit grüner Politik im Abgeordnetenhaus erreicht haben

- ✓ **Kostenloses Schüler*innenticket**
- ✓ **Deutschlandweit erstes Mobilitätsgesetz**
- ✓ **Erarbeitung eines lückenlosen Radnetzplans für Berlin**
- ✓ **Beispiellose Erhöhung der Finanzmittel für S-Bahn und Tram**
- ✓ **Verdreifachung des Geldes für die BVG**
- ✓ **Deutlich mehr Geld für Rad- und Fußverkehr**
- ✓ **Systematische Einführung von Kiezblocks für mehr Lebensqualität**



Antje Kapek

Berlin autofrei – Verbote oder Anreize?

Die AG Mobilität diskutiert Chancen und Probleme – und wie die Verkehrswende vorankommt

Was steht im Gesetzentwurf?

Autoreduzierte Zone: Innerhalb des S-Bahn-Rings sollen private Fahrten mit dem eigenen Auto weitgehend untersagt werden. Die Straßen werden rechtlich so umgewidmet, dass dort nur noch bestimmte Fahrzeuge fahren dürfen. Ausgenommen sind Bundesstraßen, Privatwege und Fußgängerzonen.

Fahren dürfen weiterhin: ÖPNV, Taxis, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Stadtreinigung, Post und die Fahrzeuge diplomatischer Vertretungen – sowie Fahrräder und Elektrokleinfahrzeuge.

Sondergenehmigungen: Erhalten unter anderen Firmenwagen für den Transport von Werkzeug und Arbeitsmaterial, Paketdienste, Pflege- und Krankentransporte sowie Reise- und Ausflugsbusse. Die Genehmigung gilt in der Regel ein Jahr. Fahrzeuge bekommen eine farbige Plakette.

Privatfahrten: Jede*r kann bis zu zwölf Tage im Jahr eine Erlaubnis für Fahrten mit einem privaten Pkw in der autoreduzierten Zone erhalten – unabhängig davon, wo die Person wohnt und ob sie im Besitz einer Fahrerlaubnis ist. Das gilt also z.B. auch für Kinder, die sich fahren lassen. Hierzu muss sich die Person an einzurichtenden Terminals unter Vorlage eines Ausweisdokuments registrieren.

Umsetzung: Vier Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes.

Link zum Entwurf: www.verkehrsentscheid.de



Gerd Thorns (Foto: privat)

Wie geht es weiter mit dem Volksentscheid „Berlin autofrei“? Und wie stehen die Grünen dazu? Das diskutierte die AG Mobilität auf ihrer Sitzung am 25. September.

Das Fazit: Zustimmung zu den Zielen – aber erhebliche Kritik am geplanten Gesetz.

Ein Urteil mit Signalwirkung

Bereits 2021 hatte die Initiative „Volksentscheid Berlin autofrei“ 50.000 Unterschriften für ihren Gesetzentwurf für eine „gemeinwohlorientierte Straßennutzung“ gesammelt (siehe Infokasten). Der Senat zweifelte die Verfassungsmäßigkeit an, doch – für viele überraschend – urteilte das Berliner Verfassungsgericht im Juni: Der Entwurf ist rechtmäßig. „Es gibt kein Grundrecht auf den Besitz und das Fahren eines eigenen Autos“, fasst Almut Neumann die Kernaussagen des Urteils zusammen. Die Verwaltungsrichterin und ehemalige grüne Verkehrstadträtin in Berlin Mitte erläuterte, es liege in der Kompetenz der Länder, den Gebrauch der Straßen auf bestimmte Verkehrsmittel zu beschränken. Für sie ist es ein Urteil mit Bedeutung weit über den aktuellen Volksentscheid hinaus.

Zustimmung zu den Zielen

Viele Teilnehmer*innen der AG-Sitzung teilten das Ziel, den individuellen Pkw-Verkehr deutlich zu reduzieren. Das bringe mehr Sicherheit für Kinder, weniger Lärm, saubere Luft und mehr Platz für Men-

schen, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind. Freiwerdende Flächen könnten für mehr Begrünung und somit zur Anpassung der Stadt an die Klimaerwärmung genutzt werden.

Kritik an Bürokratie und Zeitplan

Zugleich gab es viel Skepsis. So befürchteten Redner*innen ein Ausufern bürokratischer Regelungen und Kontrollmaßnahmen, zum Beispiel durch die Zwölf-Tage-Regelung für private Autofahrten. Andere kritisierten, dass Carsharing-Anbieter keine Sondergenehmigung erhalten sollen. Die größte Sorge: Vier Jahre Vorbereitungszeit reiche nicht, um Behörden, Nahverkehr und Infrastruktur auf den tiefgreifenden Umbau vorzubereiten.

Eine Digitalisierung der Verwaltung, um die erwarteten 125.000 Anträge auf Sondernutzung zu bearbeiten, der Ausbau des ÖPNV für Zehntausende zusätzlicher Passagiere pro Tag sowie die Schaffung ausreichender Parkmöglichkeiten außerhalb des S-Bahn-Rings seien in dieser Zeit nicht zu schaffen. Der vorgelegte Gesetzentwurf lasse sich im laufenden Verfahren jedoch nicht ändern, führte Almut Neumann aus, allenfalls könnte das Parlament nach positivem Volksentscheid einzelne Änderungen vornehmen.

Wie es weitergeht

Bis Ende Oktober sollte das Abgeordnetenhaus über den vorliegenden Entwurf entscheiden, eine Ablehnung durch CDU und SPD galt als sicher. Dann folgt der nächste Schritt des Volksbegehrens: Rund 170.000 Unterschriften müssen innerhalb von vier Monaten gesammelt werden, damit der Volksentscheid parallel zu den nächsten Abgeordnetenhauswahlen stattfinden kann.

Inwieweit die Grünen in Xhain die Unterschriftensammlung aktiv unterstützen, ist noch offen. „Die Menschen erwarten von uns entschiedene Schritte zur Verkehrswende“, sagte die ehemalige Kreuzberger Bürgermeisterin Monika Herrmann. Andere fürchteten, eine Unterstützung des Volksentscheids könnte den Grünen im Wahlkampf schaden.

Grüne Konzepte und Erfolge

Einig waren sich alle, dass grüne Erfolge und Konzepte in den Vordergrund gestellt werden sollten: die Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen, Schulzonen und Kiezblocks nach dem Konzept „Xhain beruhigt sich“, die Entsiegelung von Plätzen und Parkflächen (Lausitzer Platz, Graefekiez, Görlitzer Ufer) sowie die Einrichtung von Fahrrad- und Spielstraßen.

Und als flächendeckende Maßnahme die Erhebung einer City-Maut, wie sie bereits viele europäische Städte umgesetzt haben. Verbote und Anreize gehörten zusammen, nur so komme die Verkehrswende voran – dieser Schlussbemerkung von Almut Neumann konnten sicherlich alle zustimmen.

Verkehrswende gestalten!

Jeden 4. Donnerstag im Monat

Komm zu uns für kontroverse Diskussionen und zur Entwicklung alternativer Konzepte – ohne Voranmeldung und auch für Nicht-Mitglieder.

Mehr Infos findest du auf der Terminseite des Kreisverbandes: <https://gruene-xhain.de/termine/>

Autorinnen: S. Rumiz, Mitglied AG Mobilität und Initiative Ostkreuz-Kiez für alle

Eine Girlande für weniger Autos

Neue Regeln beruhigen den Verkehr im Ostkreuz-Kiez – und stoßen auf breite Zustimmung



Übergabe der Ostkreuzkiez-Girlande bestehend aus Dankeskarten der Anwohner*innen

Seit Jahren nimmt der Durchgangsverkehr am Ostkreuz zu. Der Kiez leidet unter verstopften Straßen, Staus und Lärm – Fußgänger*innen und Radfahrende werden an den Rand gedrängt. Dagegen haben sich Initiativen gebildet. Sie mobilisierten für einen Einwohner*innenantrag zur Verkehrsberuhigung im Ostkreuz-Kiez. Mit Erfolg: Im Herbst 2021 waren weit mehr Unterschriften als erforderlich beisammen.

Nach Beschlüssen der Bezirksverordnetenversammlung entwickelte das Bezirksamt ein Konzept zur Verkehrsberuhigung im Ostkreuz-Kiez. Seit Mitte

2024 laufen die Maßnahmen. Die Auswirkungen sind schon jetzt spürbar – und sie sind messbar.

Deutlich weniger Autos unterwegs

Automatische Verkehrszähler der Marke Telraam (siehe Infokasten) messen das Verkehrsaufkommen vor Ort. Die belegen, dass sich der Auto- und Lkw-Verkehr in den verkehrsberuhigten Straßen enorm verringert hat. Außerdem zeigen die Zahlen Überraschendes: Der motorisierte Verkehr

verlagert sich nicht – er wird insgesamt weniger. Die Gärtnerstraße zum Beispiel ist für Durchgangsverkehr nicht vorgesehen, wurde jedoch viele Jahre so genutzt. Im ersten Halbjahr 2024 wurden im Abschnitt zwischen Simplon- und Wühlischstraße noch rund 663.500 Pkw und Lkw gezählt. Nach Einführung der Fahrradstraße und gegenläufigen Einbahnstraßen in diesem Abschnitt sank die Zahl im ersten Halbjahr 2025 auf nur noch 85.000 Fahrzeuge – ein Rückgang um fast 90 Prozent.

Die benachbarte Wühlischstraße ist und bleibt Durchgangsstraße in Ost-West-Richtung, hier ist der Berliner Senat zuständig. Das Telraam-Gerät im Abschnitt zwischen Simon-Dach-Straße und Gabriel-Max-Straße zählte im ersten Halbjahr 2024 643.500 Fahrzeuge. Ein Jahr später waren es 281.000.

Bemerkenswert: In der Wühlischstraße ist keine Verkehrsberuhigung umgesetzt oder geplant. Wer annahm, der motorisierte Verkehr würde sich dorthin verlagern und verdichten, erlebt seit Januar 2025 einen Rückgang um mehr als die Hälfte.

Verkehrsverdunstung statt Verlagerung

Verkehrsberuhigung führt nicht automatisch zur Verlagerung des Verkehrs, sondern verringert das Gesamtaufkommen. Fachleute kennen dieses Phänomen. Sie sprechen von Verkehrsverdunstung. Das entlastet nicht nur Anwohnende, sondern auch Autofahrer*innen und gewerbliche Transport- und Sozialdienste: Denn auch sie kommen bei weniger Verkehr besser voran.

Zustimmung im Kiez

Die Zahlen sind das eine. Genauso wichtig ist die Stimmung vor Ort. Das Bezirksamt hat viel Unterstützung durch Mails und Anrufe erhalten. Im Juni 2025 überreichten Anwohner*innen der Bezirksstadträtin Annika Gerold ein Plakat und eine Girlande aus 200 Unterstützungskarten – als Dank für die lang ersehnte Verkehrsberuhigung.

Alle Infos zu den laufenden Maßnahmen gibt's auf xhain-beruhigt.berlin.

Telraam – Verkehr zählen aus dem Fenster

Telraam-Zähler sind kleine Messgeräte, die Anwohnende ins Fenster stellen können. Sie erfassen anonym den Verkehr auf der Straße – Autos, Lkw, Fahrräder und Fußgänger*innen – und senden die Daten für alle zugänglich ins Netz. Die Idee: Citizen Science. Menschen im Kiez tragen selbst Wissen zusammen, das auch Politik und Verwaltung nutzen können. Mehr Infos dazu unter: www.telraam.net Die Technik wird nicht nur in Berlin eingesetzt, sondern international – unter anderem in den Niederlanden, Belgien, Spanien und Großbritannien. Überall helfen die Messungen dabei, Verkehr zu verstehen und Straßen lebenswerter zu machen.

Die Verkehrswende ist in voller Fahrt

Mit Annika Gerold, Stadträtin für Verkehr, Grünflächen, Ordnung und Umwelt

Die Stadträtin ist im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg zuständig für die ganz besonders „grünen“ Themen Umwelt und Mobilität. Sie hat das Konzept „Xhain beruhigt sich“ entwickelt. Es sieht im ganzen Bezirk konkrete Schritte für mehr Verkehrssicherheit und Ruhe im Straßenverkehr vor. Vieles davon ist bereits verwirklicht. Wir fragen Annika:



Annika Gerold

Welche deiner Projekte sind in der letzten Zeit fertig oder fast fertig geworden?

Die Straßen im Ostkreuz-Kiez um den Boxhagener Platz herum sollen entspannter und sicherer werden. In diesem Jahr hat sich dort viel getan – ein Großteil der geplanten Umbauten ist fertig. Die Niederbarnimstraße ist jetzt eine Sackgasse. Nur so konnten wir den Durchgangsverkehr beseitigen, der in einer Wohnstraße nichts zu suchen hat. Auch mit dem Fahrrad ist es einfacher und sicherer geworden. Im Süden des Ostkreuz-Kiezes haben wir die Gärtner- und Teile der Modersohnstraße zur Fahrradstraße gemacht, in der Autos nur in eine Richtung fahren dürfen. So halten wir auch dort den Durchgangsverkehr raus. Außerdem haben wir vor der



Kleine, gestaltete Grünflächen im Graefekiez, die sogenannten Trittstein-Biotop zur Förderung der Biodiversität

Jane-Goodall-Grundschule in der Scharnweberstraße eine Schulzone errichtet. Dort können Kinder spielen; nur Fahrräder und Versorgungsfahrzeuge dürfen durchfahren.

Einige Menschen haben dagegen protestiert und sogar geklagt. Das Verwaltungsgericht hat jedoch im September bestätigt, dass die Projekte korrekt und rechtmäßig sind.

Der Lausitzer Platz wurde schon vor einigen Jahren für den Autoverkehr gesperrt und vom Asphalt befreit. Die Flächen haben wir gemeinsam mit Anwohner*innen bepflanzt. Ein Wettbewerb für die dauerhafte Umgestaltung des Platzes vergangenes Jahr beruhte auf vielen Vorschlägen der Anwohner*innen. Jetzt geht es in die konkrete Planung.

Das Görlitzer Ufer wurde 2023/24 zu einer Fahrradstraße umgebaut und Straßenbelag wurde durch eine Blühwiese ersetzt. Dort versickert nun Regenwasser und schützt so unsere Bäume. Auch in der Ruhlsdorfer Straße in Kreuzberg haben wir viel entsiegelt und die Baumscheiben vergrößert, damit die Wurzeln genug Platz haben. Außerdem sind am Görlitzer Ufer und in der Ruhlsdorfer Straße die ersten „Grünen Gullys“ im Bezirk entstanden. Mit einfachen Mitteln lassen sie den größten Teil des Regenwassers in der Erde versickern (A.d.Red. siehe Artikel hier im Stachel auf Seite 5)

Mit den neu begrünten Flächen schaffen wir sogenannte Trittstein-Biotop: kleine naturbelassene Flächen zwischen größeren Grünflächen, über die sich nützliche und seltene Arten von Insekten und Pflanzen ausbreiten können.

Welche Projekte sind gerade im Bau?

Im Moment entsiegeln wir die Blücherstraße in Kreuzberg. Dort entsteht gleichzeitig eine Fahrradstraße und die Möglichkeit, die Straße sicherer zu überqueren. Auch die Brachvogel- und die Alexandrinenstraße bauen wir zu Fahrradstraßen um. So entsteht eine fast durchgehende Fahrradverbindung vom Tempelhofer Feld bis in den Norden Kreuzbergs, wo es Verbindungen zum Fahrradstraßennetz in Mitte gibt.

Am Zickenplatz im Graefekiez installieren wir Poller, die den lebhaften Fahrrad- und Fußverkehr an dieser



Fotos: Andreas-M. Selignow



Blick in die Graefestraße

Stelle besser schützen und den Durchgangsverkehr fernhalten sollen.

Was plant ihr gerade?

Wir arbeiten vor allem an weiteren Schulzonen – Bereichen vor Schulen, in denen nur eingeschränkter oder gar kein Autoverkehr erlaubt ist. Dazu haben wir Beteiligungen auf mein.berlin.de und vor Ort gestartet und werten diese gerade aus.

Aktuell planen wir den Umbau des Parkplatzes an der Koppen-/Ecke Palisadenstraße zu einer Grünanlage mit Stadtplatz. Zeitgleich führen wir dort eine gebührenpflichtige Parkzone ein.

Wie geht es weiter mit der Parkraumbewirtschaftung?

Hier haben wir eine sehr gute Nachricht: Die Ausschreibung für die Parkscheinautomaten ist für alle zehn neuen Zonen abgeschlossen. Jetzt erstellen wir für jede Zone genaue Pläne für die benötigten Verkehrszeichen und prüfen, ob bestehende Schilder bleiben können. Gleichzeitig schauen wir, wo wir noch Ladezonen und Abstellflächen für Leih-Roller brauchen. Wir beginnen mit der Zone um die Frieden- und Koppenstraße, danach folgen in Kreuzberg die Alexandrinenstraße und drei weitere Zonen. Ab 2027 wird das Parken in den übrigen Gebieten des Bezirks gebührenpflichtig. So finden Anwohner*innen schneller einen Parkplatz und es fahren weniger Autos im Kreis, die einen suchen.

Was können Anwohner*innen beitragen?

Informiert eure Nachbarschaft über die geplanten Umbauten und überzeugt sie davon. Auf xhain-beruhigt.berlin seht ihr, was bei euch geplant ist. Bringt euch in Kiezblock-Initiativen oder in die Mobilitäts-Arbeitsgemeinschaften der Parteien ein, dort erfahrt ihr mehr über die aktuellen Planungen.

Und engagiert euch für unser Stadtgrün. Der Bezirk bekommt immer weniger Geld für die Pflege der Grünflächen. Infos dazu findet ihr auf planb2030.org/gemeinsamgaertnern. Begrünt auch euren Hinterhof – die Grünberatung des Stadtteilausschusses Kreuzberg e. V. unterstützt euch dabei kostenlos.



Interview aufgezeichnet von Andreas-M. Selignow, AG Mobilität

Hier geht's zur Onlinefassung des Interviews mit Links zu allen Projekten. Mach mit:



<https://gruenlink.de/h0h2mrlb8x>

Stimmen aus dem Kiez

Zur Verkehrsberuhigung im Ostkreuz-Kiez

Lothar und Annette wohnen in der Colbestraße, nahe der Boxhagener Straße. Sie freuen sich über die jüngsten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung. Der Bezirk hat mehrere Einbahnstraßen, Fahrradstraßen und Sackgassen eingerichtet sowie Durchfahrtsperren mit Pollern aufgebaut. So hat sich der Durchgangsverkehr deutlich verringert – er sollte ohnehin nicht durch Wohnstraßen führen.

Was hat euch an den Maßnahmen der Verkehrsberuhigung besonders gefallen?

Dass es weniger Autoverkehr gibt und vor allem natürlich weniger Konfrontationen. Früher verlief der Verkehr in beide Richtungen durch die Colbestraße, die dafür viel zu schmal ist. Früher Aus diesem Grund kam es dort mehrmals täglich, auch in der Nacht zu Hupkonzerten, weil zwei Autos sich entgegenkamen und sich nicht einigen

konnten, wer wem Platz macht.

Um diesen Konfrontationen zu entgehen, sind viele besonders schnell durch die Straße gefahren. Auch das ist vorbei, weil die Colbestraße jetzt eine Einbahnstraße ist. Durch die diagonal angeordneten Poller an der Kreuzung zur Scharnweberstraße können Autos jetzt nicht mehr schnell zur Frankfurter Allee durchfahren. Das führt zu deutlich mehr Ruhe und weniger gefährlichen Situationen.

Was sagen eure Nachbarn dazu?

Fast alle finden es super, dass weniger Autos unterwegs sind. Einige Autofahrende bemängeln, dass sie die Parkplatzzuche jetzt als etwas aufwendiger empfinden, weil man nicht mehr in alle Richtungen abbiegen kann. Doch der ruhigere Verkehr und die geringere Lärmbelastung haben auch sie überzeugt. Die meisten fahren ja ohnehin mit den Öffentlichen zur Arbeit.



Annette und Lothar Kreuzung Colbe-/Scharnweberstraße

Wünscht ihr euch weitere Verbesserungen?

Wir fragen uns, wie man den Autoverkehr noch weiter reduzieren kann. Wir sind meist mit dem Fahrrad unterwegs und oft stehen so viele Fahrräder an der Ampel, dass nicht alle in einer einzigen Grünphase über die Straße kommen. Es bräuchte eine Ost-West-Fahrradstraße im Ostkreuz-Kiez – abseits der stark befahrenen Boxhagener, Grünberger und Wühlischstraße.

Dringend wünschen wir uns eine ernstzunehmende Kontrolle des Lieferverkehrs. Zu Fuß oder auf dem Rad fühlen wir uns oft gefährdet von den schweren und schnellen Essens-Lieferrädern, die hier auch auf den Gehwegen langbrettern. Und wir ärgern uns über die E-Scooter, die oft mitten auf dem Gehweg stehen.

Wenn auch du als Stimme aus deinem Kiez diesen Platz hier nutzen möchtest, schreibe uns: stachelredaktion@gruene-xhain.de

Ukrainisches in Friedrichshain-Kreuzberg

Die Arbeitsgemeinschaft Ukraine stellt sich vor

Als Gruppe von ukrainischen und grünen Berliner*innen, wollen wir ukrainische und deutsche Bürger*innen miteinander und mit der Politik vernetzen. Der Fokus unserer Arbeitsgemeinschaft liegt nicht auf vertikaler „Ukraine-Hilfe“, sondern auf partnerschaftlicher Kooperation.

Wir treffen uns

**An jedem 4. Mittwoch
im Monat
um 19 Uhr im Igelbau
(Dresdener Straße 10)**

Wir freuen uns über euren Besuch.
Du musst dafür kein Mitglied sein.

Nach ihrer zweiten Unabhängigkeit 1991 hat die ukrainische Gesellschaft ihre Demokratie mehrfach erfolgreich verteidigt – zunächst in der Orangen Revolution 2004 und zuletzt auf dem Euromaidan 2014. Seitdem kämpfen Ukrainer*innen auch militärisch gegen den russischen Faschismus. Wir möchten von ihren Erfahrungen lernen und gemeinsam herausfinden, wie wir unseren Bezirk, unsere Stadtgesellschaft, und unsere Demokratie widerstandsfähiger machen können.

Wie viel Ukraine steckt in Friedrichshain-Kreuzberg?

Laut Statista, einer großen deutschen Online-Datenbank für Statistiken, ist die ukrainische Gemeinschaft mit 76.420 Menschen nach der türkischen die zweitgrößte kulturelle Minderheit in Berlin (Stand: 9.5.2025). Hinzu kommen ca. 13.000 Ukrainer*innen mit deutschem Pass. Obwohl die

meisten erst seit 2022 hier sind, beherrschen viele bereits Deutsch als Fremdsprache. Auch in unserem Bezirk leben viele Ukrainer*innen. Sie haben hier Unternehmen und Kulturrorte gegründet, wie beispielsweise die Bar „Space Meduza“ in der Skalitzer Straße 80, in der sich die ukrainische Künstler- und Aktivist*innenszene trifft. Oder der Verein „Vitsche e.V.“, der sich dafür einsetzt, russischer Desinformation und hybrider Kriegsführung entgegenzutreten und eine dekoloniale Perspektive auf ukrainische Geschichte zu fördern. Der Begriff ‚Dekolonial‘ thematisiert den imperialen Charakter Russlands und die brutalen Methoden, mit denen Moskau seit Jahrhunderten die nationalen und kulturellen Identitäten nichtrussischer Völker unterdrückt und ihnen ihre Selbstbestimmung abspricht.

Viele weitere „Ukrainische Orte in Berlin“ kannst Du über den Link im Infokasten entdecken.

Russische Sprache kann Ukrainer*innen retraumatisieren

Lehrkräfte an Berliner Schulen sprechen mit ukrainischen Schüler*innen oft ungefragt Russisch. Das kann Kinder und Jugendliche traumatisieren, die vor russischen Soldaten nach Deutschland geflohen sind. Zudem ist Russisch für viele Jugendliche tatsächlich nicht die Muttersprache. Aus Erfahrungen z.B. mit der kurdischen Minderheit wissen wir, dass Kinder und Jugendliche, deren Muttersprache nicht gefördert wird, es schwerer haben, eine zweite Sprache zu lernen. Deshalb gibt es seit 2017 eine ukrainischsprachige Samstagsschule. Diese ehrenamtliche Initiative bietet derzeit Unterricht für 15 Klassen mit ca. 230 Schüler*innen. Räumlichkeiten fehlen aktuell, weshalb die Initiative nach einer Schule sucht, die ihr Gebäude am Wochenende zur Verfügung stellen könnte.

Auch erwachsene Ukrainer*innen werden bei Behördengängen oft mit der russischen Sprache konfrontiert, etwa durch russische Dolmetscher*innen. Die Behörden sind noch nicht dafür

sensibilisiert, dass die russische Sprache für viele Ukrainer*innen mit Traumata verbunden ist. Es ist wichtig, dass ukrainische Kinder und ihre Eltern, die vor russischer Gewalt nach Berlin geflohen sind, in unserer Stadt nicht erneut russischer Gewalt in Form von Sprache ausgesetzt sind.

Diskriminierungserfahrungen in Ämtern

Exemplarisch für Diskriminierungserfahrungen bei Behörden ist ein Vorfall, von dem eine türkischstämmige Dolmetscherin bei einer Konferenz berichtete. Sie schilderte den Fall einer ausgebildeten Erzieherin, die sich im Jobcenter auf Stellen in Berliner Kitas bewarb. Während eines Termins habe eine Russisch-Dolmetscherin vor Ort zur deutschen Sachbearbeiterin gesagt: „Ukrainische Frauen putzen gerne.“ Obwohl die berichtende Dolmetscherin ihre Arbeit unterbrach und fragte, warum sich die Dolmetscherin derart diskriminierend verhalte, wurde der Vorfall vom Jobcenter nicht aufgearbeitet.

Gemeinsam mit der Allianz Ukrainischer Organisationen setzt sich unsere AG dafür ein, dass Diskriminierungserfahrungen in Aufnahmezentren, Geflüchtetenunterkünften, Behörden, Schulen und Kitas systematisch erfasst und ausgewertet werden. Gleichzeitig arbeiten wir daran, Ideen für die politische Umsetzung einer unabhängigen, barrierefreien und ukrainischsprachigen Antidiskriminierungsberatung zu entwickeln.

Wie kann echte Kooperation aussehen?

Prof. Yuliya Shtaltovna eröffnete unser erstes AG-Treffen mit einem Vortrag darüber, was Deutschland und auch die Grüne Partei von Ukrainer*innen lernen und welche Chancen sich aus einem partnerschaftlichen Austausch ergeben können. Damit gab sie einen wichtigen Impuls für einen viel zu selten unternommenen Perspektivwechsel, der leitend für die Arbeit unserer AG ist. Ihr Vortrag basierte auf ihrem sehr lesenswerten Essay.



Plakat zur Demonstration ukrainischer Verbindung zu Bündnis 90/Die Grünen und Europa

Wenn du mehr erfahren möchtest, komm gerne zu unserem nächsten Treffen oder schreibe uns unter info@gruene-xhain.de.

Den Link zum Essay und eine Karte mit ukrainischen Orten in Berlin findest du hier im Online-Artikel:



<https://gruenlink.de/et8nci9b25>

Autoren: Vasili Franco, Sprecher für Innenpolitik und Drogenpolitik im Abgeordnetenhaus und Vito Dabisch, Mitglied im Fraktionsvorstand in der BVV

ORDNUNG

Vasili auf Instagram: @vasi_f
Vito auf Instagram: @vito_hier

Bleibt am Ende nur ein Zaun?

Kai Wegner streicht soziale Projekte

Die Situation in und um den Görlitzer Park hat sich in den letzten Jahren immer weiter verschärft. Grund ist die Zunahme sozialer Verelendung mit einhergehender Obdachlosigkeit und Drogenkonsum. Vor zwei Jahren hat der Senat auf Druck der Bezirke endlich anerkannt, dass es für soziale Probleme auch soziale Lösungen braucht. Doch nun droht diesem Ansatz durch den schwarz-roten Haushalt mit Ende des Jahres das Aus.

Kai Wegner trat mit dem großen Versprechen an, Berlin sicherer zu machen. Mit viel Tamtam rief er vor zwei Jahren einen „Sicherheitsgipfel“ ins Leben. Während der Regierende Bürgermeister einen Zaun um den Görlitz gegen den Bezirk durchdrückt, haben Akteur*innen vor Ort den Ausbau der sozialen Infrastruktur gefordert – und das mit Erfolg. Doch nun kam die Kehrtwende des Wegner-Senats. Nicht nur werden weiter die Verdrängungseffekte durch eine nächtliche Parkschließung ignoriert, ab 2026 streicht der Senat die sozialen Projekte rund um den Görlitz. Es bleibt also nur der Zaun.

Dabei zeigen die Projekte übrigens nicht nur bei uns, sondern in allen Berliner Bezirken Wirkung. Statt die aktuell eingesetzten 30 Millionen Euro noch aufzustocken, werden über 78 Maßnahmen von Streetwork, Parkläufer*innen und Kiezhausmeister*innen, der Reinigung öffentlicher Toiletten, dem Sammeln von Spritzen, erweiterten Öffnungszeiten von Drogenkonsumräumen bis hin zu mehr Plätzen in Obdachlosenunterkünften und



Protestmarsch zum Görlitzer Park

aufsuchender Sozialarbeit ersatzlos gestrichen. Viele Projekte sind gerade erst angelaufen und müssen nun wieder dichtmachen.

Nicht mehr als ein leeres Versprechen?

Wer mit offenen Augen durch Berlin läuft, sieht, dass wir in der gesamten Stadt massiven Hand-

lungsbedarf mit Verelendung, Armut und Drogenkonsum im öffentlichen Raum haben. Vom Görlitzer Park über den Leopoldplatz bis vor Wegners Haustür nach Spandau – überall zeigen sich ähnliche Herausforderungen. Insbesondere seit der Corona-Pandemie hat der Konsum von Crack stark zugenommen, während sowohl die Abhängigen als auch die Anwohnenden in den Kiezen allein gelassen werden. Eine ehrliche Antwort auf die

aktuelle Situation wäre: Eine langfristige, gesamtstädtische Strategie! Ehrlich Bedarfe zu erörtern und gemeinsam mit den Fachleuten Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen. Stattdessen droht diesem funktionierenden Ansatz der Kahlschlag. Obwohl der Senat ständig davon spricht, dass „an der Sicherheit nicht gespart wird“, ist für echte Lösungen am Ende kein Geld da.

Geld gibt's nur für Videoüberwachung

Perfide ist, dass gleichzeitig 12 Millionen Euro in Videoüberwachung gesteckt werden sollen.

Videoüberwachung führt bekanntermaßen höchstens zu einem Verdrängungseffekt, der dann umso härter in den Kiezen selbst aufschlagen wird. Damit schiebt der Senat die Probleme lieber von einem Ort zum nächsten. Dabei zeigen unsere Anfragen im Abgeordnetenhaus schon heute sehr klar: Die meisten Straftaten finden nicht im Park selbst, sondern vor allem in den angrenzenden Kiezen statt. Allein im Reichenberger Kiez haben sich Keller- und Bodeneinbrüche von 2024 auf 2025 versiebenfacht. Die Probleme in den umliegenden Kiezen werden sich mit der nächtlichen Schließung des Parks nur weiter verschärfen.

Fortsetzung auf Seite 13

Eine echte Strategie statt Symbolpolitik

Der symbolpolitische Aktionismus des schwarz-roten Senats lässt sich nicht schönreden. Erst übergeht der Senat den Willen des Bezirks beim Zaunbau aufgrund vermeintlicher „gesamstädtischer Interessen“, gleichzeitig lässt er für soziale Lösungen im gesamstädtischen Interesse jedoch keinen einzigen Euro übrig. Statt Einmalgelder braucht es starke Regelstrukturen von der Sozialarbeit bis zur Suchthilfe. Es mangelt nach wie vor an niedrigschwelligen Hilfen und medizinischen Angeboten, gerade für Menschen ohne Zugang zu den bestehenden Hilfesystemen oder zur Krankenversicherung. Wir brauchen Mut zu innovativen Lösungen. Die gibt es nämlich, wenn man den Blick über den Tellerrand wagt. Internationale Modelle in Zürich oder Portugal zeigen auf, dass eine Trendwende machbar ist, wenn man den Fokus auf Entkriminalisierung, Unterstützung und Hilfe setzt.

Sowohl im Land als auch im Bezirk werden wir weiter Druck machen, damit nachhaltige Lösungen für den Görlitzer Park umgesetzt werden und der Zaun verhindert wird. Vor allem werden wir dafür kämpfen, dass die sozialen Projekte nicht nur über dieses Jahr hinaus verstetigt werden, sondern in einer echten gesamstädtischen Strategie münden. Echte Sicherheit entsteht nur in einer Stadt, die niemanden zurücklässt. Wenn das der regierende Bürgermeister nicht erkennt und die Kürzungen rückgängig macht, bricht er sehenden Auges seine eigenen Versprechen. Lasst uns deshalb gemeinsam gegen die Repressions- und Kürzungspolitik des Wegner-Senats protestieren!



Vasili Franco und Vito Dabisch
Foto: Vincent Villwock/Grüne Fraktion Berlin

Impressum

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

REDAKTION

Günter Bartsch, Renate Exner, Klaus Heymach, Jenny Laube (V.i.S.d.P.), Sandra Lehmann, Andreas-Martin Selignow, Simone Sprengel, Anne Vechtel

Layout & Satz: Sandra Lehmann
Auflage: 3.000
Druck: MegaDruck.de
Produktions- und Vertriebs GmbH
Am Haferkamp 4
26655 Westerstede

KONTAKT ZUR REDAKTION

✉ stachelredaktion@gruene-xhain.de

DER STACHEL IM INTERNET

🌐 www.gruene-xhain.de/ueber-uns/stachel

HERAUSGEBERIN

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdener Straße 10
10999 Berlin

☎ Fon: +49 30 614 31 46
✉ info@gruene-xhain.de
🌐 www.gruene-xhain.de

INFORMATIONEN

Auf dem Laufenden bleiben
Links zu Newslettern und Profilen des Bezirkes

Wer in der Zeit zwischen zwei Stachelausgaben immer über alles Wichtige im Bezirk informiert sein will, hat eine reiche Auswahl. Wir haben die wichtigsten Links zusammengestellt.

Newsletter des Bezirksamtes

Er erscheint monatlich und hier werden unter anderem alle Bürger*innenbeteiligungen angekündigt. Hier geht es zum Abo:
<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/aktuelles/newsletter/>

Bezirksticker mit Meldungen:
<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/aktuelles/bezirksticker/>

Pressemitteilungen

Eigentlich für die Presse gedacht, sind die Pressemitteilungen eine schnelle Quelle aktueller Informationen:
<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/aktuelles/>

Man kann sie hier abonnieren:
<https://www.berlin.de/presse/pressemitteilungen/user/login>

Instagram und Bluesky des Bezirksamtes

https://www.instagram.com/ba_xhain/
<https://bsky.app/profile/baxhain.bsky.social>

Auch die Bürgermeisterin und die Stadträt*innen haben Instagram-Profile, die sich leicht über deren Namen finden lassen.

Tagesordnungen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Das Parlament des Bezirkes tagt einmal im Monat, meist am letzten Mittwoch. Die Tagesordnungen sowohl der Versammlung als auch der Ausschüsse kann man einfach abonnieren:
<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/formular.168348.php>

Die Liste aller Drucksachen der BVV – Anträge, Beschlüsse, Einwohneranfragen usw. – und weitere Informationen findest du hier:
<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

So kannst du auch recherchieren, ob deine Fragen schon vor Jahren diskutiert wurden. Die Sitzungen der BVV sind öffentlich und können über YouTube auch von zuhause aus angeschaut werden:
<https://www.youtube.com/@bvvfklive/streams>

Neues aus dem Straßen- und Grünflächenamt

Du willst mehr über Baustellen, Baumfällungen und Verbesserungen auf den Straßen wissen? Dann solltest du öfter hier vorbeischauchen
<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamt/artikel.205944.php>

Parteien

Auch die Parteien und Fraktionen in der BVV haben eigene Webseiten mit aktuellen Infos. Hier sind die Seiten der Grünen:
<https://gruene-xhain.de>
<https://gruene-fraktion-xhain.de/>

Tageszeitungen

Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass verschiedene Zeitungen wie beispielsweise der Tagesspiegel und die Berliner Morgenpost auf ihren Webseiten Rubriken zu den einzelnen Berliner Bezirken haben. Meist bieten sie auch wöchentliche Bezirks-Newsletter an.

Diese Liste mit bequem anklickbaren Links findest du hier:



<https://gruene-xhain.de/immer-informiert/>

EDITORIAL

Liebe Xhainer*innen,
Herbst in der Stadt und der Stachel kommt frisch daher. Wir haben das Layout gelockert: mehr Luft, weniger Textwüste, etwas Deko – damit Lesen Spaß macht. Unsere Inhalte bleiben dicht, sind aber leichter zugänglich.

Was ab jetzt anders ist:

- **Übersicht:** große Überschriften, kurze Absätze, klare Zwischenzeilen.
- **Farben mit Funktion:**
 - Gelb = Mitmachen (konkreter Aufruf, z. B. melden, kommen, unterstützen).
 - Grün = Weiterlesen (Links, Hintergründe, grüne Termine im Bezirk).
 - Blau = Service (allgemeine Infos und Anlaufstellen – nicht parteispezifisch).
- **Kinderseite:** Rätsel, Comic oder Ausmalbild, Aufwachsen in Xhain soll Spaß machen, mit Mehrwert für alle. Der Stachel

liest sich einfach besser, wenn die Jüngsten beschäftigt sind :)

- **Neue (Kurz-) Formate:** Beispielsweise fasst „Grüne Zahlen“ Wissenswertes knapp zusammen. „Auf dem Laufenden bleiben“ bündelt Informationen. Und bei „Stimmen aus dem Kiez“ kommen Mitmenschen zu Wort.

- **Brücke analog–digital:** Grüne QR-Codes führen zur Online-Version eines Artikels. Dort kannst du z. B. Vorleseprogramme benutzen, die Schriftgröße verändern oder Texte übersetzen.

Worum es in dieser Ausgabe geht

Wir sprechen über gutes Wohnen in Xhain, faire Regeln und starke Nachbarschaften. Über sichere Wege für alle, über Platz im öffentlichen Raum und über Klima & Kultur im Kiez. Du findest Termine, Kontakte und kurze Erklärstücke sowie Wege, dich einzubringen. Vieles ist auf den Punkt, manches führt dich per QR

weiter zu Hintergründen und Angeboten im Bezirk.

Unser Anspruch: Inklusiv denken

Wir wollen, dass möglichst viele gut mitkommen, unabhängig von Alter, Sprache, körperlichen Fähigkeiten oder Bildungsgrad. Darum arbeiten wir Schritt für Schritt an klarer Sprache, guten Kontrasten und gut aufbereiteten PDFs. Deine Erfahrung zählt: Wenn du Barrieren erlebst oder Hinweise hast, melde dich. Jede Rückmeldung hilft uns, besser zu werden.

Mach mit

Sprich uns im Kiez an oder schreibe uns an stachelredaktion@gruene-xhain.de. Sag, was dir gefällt, was fehlt, was einfacher sein sollte. Gerne erhalten wir Ideen für die Kinderseite oder kurze Info-Formate.

Viel Freude mit der neuen Ausgabe!
Die Stachel-Redaktion

Autorin: Sarah Jermutus, Fraktionsvorsitzende
der BVV Xhain 2021-2025

Pascal auf Instagram: @ pascal.striebel
Grüne Fraktion Xhain auf Instagram: @ gruenefraktionxhain

Zehn Jahre Bezirkspolitik

Ein Stück Zuhause im Parlament



Sarah Jermutus

Als ich im Sommer 2015 das erste Mal im Sitzungssaal der Bezirksverordnetenversammlung von Friedrichshain-Kreuzberg Platz nahm, war mir klar: ich möchte etwas bewegen – gemeinsam mit anderen, hier im Bezirk, dort, wo Entscheidungen ganz konkret den Alltag verändern. Bezirkspolitik war für mich von Anfang an ein Ort, an dem ich mitgestalten, Verantwortung übernehmen und Teil von etwas Größerem sein konnte. Was damals mit einer Portion Neugier und Respekt begann, ist zu einem prägenden Teil meines Lebens geworden. Zehn Jahre später verlasse ich die BVV, weil ich in eine andere Stadt ziehe – dankbar, voller Erinnerungen und mit der festen Überzeugung, dass Bezirkspolitik der Ort ist, an dem Demokratie konkret wird.



Im Interview mit dem RBB über die „Urbane Mitte“, 2024.

Als Bürgerdeputierte Politik auf Bezirksebene kennenlernen

Bevor ich Bezirksverordnete wurde, war ich bereits Bürgerdeputierte im Stadtentwicklungsausschuss.

Diese Funktion ist eine wunderbare Möglichkeit, Politik auf Bezirksebene kennenzulernen und eigene Perspektiven einzubringen. Als sachkundige Bürgerin durfte ich Anträge mitberaten, Ideen einbringen, Diskussionen mitverfolgen. Als ich dann Verordnete wurde, war vieles nicht neu – aber plötzlich war ich selbst stimmberechtigt, selbst ganz direkt verantwortlich.

In den vergangenen zehn Jahren habe ich in verschiedenen Ausschüssen gearbeitet: unter anderem im Stadtentwicklungsausschuss, im Haushaltsausschuss, und vor allem im Ausschuss, der sich mit frauen-, gleichstellungs- und queerpolitischen Themen befasst. Seit 2015 war ich Mitglied des Fraktionsvorstands, zuletzt seit 2021 Fraktionsvorsitzende. Jede dieser Rollen hat mich auf ihre eigene Weise gefordert und bereichert.

Besonders bewegt hat mich immer die Sichtbarkeit von LSBTIQ*-Personen im öffentlichen Raum. Die Umbenennung der Audre-Lorde-Straße war einer der schönsten Momente meiner politischen Arbeit. Wir haben eine Idee von Weggefährterinnen aufgegriffen und gemeinsam mit ihnen einen langen Beteiligungsprozess gestaltet – mit Veranstaltungen, Gesprächen, Diskussionen über das wo und wie. Am Tag der Umbenennung zu sehen, wie aus einer Idee Wirklichkeit wird, war unbeschreiblich. Auch den Maria-von-Maltzan-Platz oder die Freia-Eisner-Straße entstehen zu sehen, war toll. Andere Projekte wie die Inge-Meyse-Straße oder den Anne-Klein-Platz werde ich nicht mehr als aktive Bezirksverordnete erleben – kommen werden sie hoffentlich trotzdem.

Bezirkspolitik braucht Geduld

Wenn man eines in der Bezirkspolitik braucht, dann ist es Geduld. Viele Ideen brauchen Zeit, bis sie ihren Weg durch Ausschüsse, Verwaltung und Beschlüsse gegangen sind – und irgendwann sichtbar werden, auf einem Straßenschild, an einer Kreuzung, im Alltag der Menschen. Aber genau das ist das Schöne: Politik hier betrifft unser direktes Lebensumfeld. Es geht um die Verkehrsberuhigung an der Ecke, den Radweg auf dem Weg zur Arbeit, das Straßenschild auf dem Weg zur Bibliothek, das Bauprojekt in der Nachbarschaft.

Friedrichshain-Kreuzberg ist ein besonderer Bezirk, um Politik zu machen. Kaum eine BVV ohne Besuch von Initiativen, kaum ein Thema ohne Transparente auf der Besuchertribüne. Es ist ein Bezirk, in dem Bürger*innen laut, engagiert und kreativ sind – und das ist gut so. Diese Lebendigkeit, dieser Wille, sich einzumischen, machen Xhain aus. Hier wird gestritten, verhandelt, ausprobiert – und trotzdem bleibt der Bezirk auf seine eigene Weise solidarisch, divers und lebenswert.

Natürlich gibt es auch Momente der Frustration. Gerade in der Stadtentwicklung stößt die Bezirkspolitik oft an Grenzen. Bei Projekten wie der Urbanen Mitte oder dem Hochhaus in der



Mitglieder der grünen BVV-Fraktion, 2016.

Rudolfstraße, um nur wenige zu nennen, hat der Bezirk versucht, Einfluss zu nehmen – und doch musste man erleben, wie der Senat eingriff und Entscheidungen an sich zog. Auch der Amazontower ist ein weiteres abschreckendes Beispiel dafür, wie begrenzt unsere Handlungsmöglichkeiten manchmal leider sind. Trotzdem ist es empowernd, zu sehen, wie viele Bürger*innen sich gerade auch in diesem Bereich engagieren und gemeinsam mit uns für eine andere Stadtentwicklung kämpfen.

Viel Zeit und Herzblut sind in den letzten Jahren auch in Dinge geflossen, die man nicht in BVV-Drucksachen nachlesen kann: unzählige Gespräche mit Verordneten, organisatorische Fragen, Abstimmungen, Mehrheiten sichern, Fraktionssitzungen vorbereiten, Ausschussbesetzungen klären. Bezirkspolitik ist Teamarbeit. Es geht darum, unterschiedliche Menschen, Interessen und Ideen zusammenzubringen – mit dem gemeinsamen Ziel, unseren Bezirk noch besser, grüner und lebenswerter zu machen.

Es bleibt das Zwischenmenschliche

Ich habe in diesen Jahren unglaublich viel gelernt. Ich durfte mit spannenden Menschen zusammenarbeiten, mit Nachbar*innen, Aktivist*innen, Verwaltung, Kolleg*innen aus anderen Parteien, Freund*innen aus der eigenen Partei. Ich habe erlebt, wie mühsam, aber auch wie sinnstiftend demokratische Prozesse sein können. Und ich habe gelernt, dass es in der BVV nicht die eine „perfekte“ Bezirksverordnete gibt. Manche schreiben Anträge, andere verhandeln Kompromisse, wieder andere sind stark in der Öffentlichkeit oder in der Organisation. Alles braucht es – und jede*r kann

etwas beitragen.

Kann ich mir vorstellen, nicht mehr jeden Montag zur Fraktionssitzung zu gehen, nicht mehr jeden Monat im Ausschuss oder im BVV-Plenum zu sitzen und plötzlich jeden Abend frei gestalten zu können? Nicht wirklich. Aber ich weiß, dass es sich gelohnt hat – jede lange Sitzung, jede Diskussion, jeder Antrag. Denn Bezirkspolitik ist kein Selbstzweck. Sie ist das Fundament unserer Demokratie – und sie lebt davon, dass Menschen sich einmischen.



Beim Hissen der Pride-Flagge vor dem Bezirksamt, 2025.



Sarah und Pascal, Vorsitzende des Fraktionsvorstands zur Eröffnungsrede des diesjährigen Sommerfestes.

Danke Sarah!

Liebe Sarah, im Kreiverband und in der BVV-Fraktion haben wir dir enorm viel zu verdanken. Du hast dich in deinen etwa 15 Jahren in Berlin immer dafür eingesetzt, die Welt um dich herum ein kleines bisschen besser zu machen. Und das an ganz vielen Stellen – in der Partei wie außerhalb. Du hast nahezu alles schon einmal gemacht. Und hast in jeder deiner Rollen überzeugt. Sei es als das Gesicht der kritischen, grün-linken Basis beim Bericht vom grünen Parteitag bei Phoenix und den Tagesthemen. Sei es beruflich, als Wahlkampfmanagerin, vertretungsweise auch als Orga-talent und gute Seele im Igelbau, als Mitarbeiterin und Büroleitung für mehrere Abgeordnete. Oder (vielmehr: und darüber hinaus auch immer) ehrenamtlich, zuerst im Geschäftsführendem Ausschuss und später in der Bezirksverordnetenversammlung, in unzähligen Wahlkampfsteuerungs-

gruppen und weit darüber hinaus.

Du hast dich nicht nur inhaltlich für deine Themen eingesetzt: Für Frauen und queere Menschen, für eine partizipative Stadtentwicklungspolitik von unten und für gerechte und bedarfsgerechte Bezirksfinanzen, ohne die ein lebenswerter Bezirk nicht möglich wäre. Du hast auch immer ohne großes Zögern Verantwortung übernommen, wo immer du gebraucht wurdest: Als Ausschussvorsitzende, als Mitglied im Fraktionsvorstand und zuletzt als Fraktionsvorsitzende hast du den Laden zusammengehalten. Organisatorisch und vor allem auch menschlich. Dazu sind wir dir zutiefst zu Dank verpflichtet.

– Pascal Striebel,
Vorsitzender des BVV-Fraktionsvorstands

„In anderen Bezirken darf man gerade noch atmen“

Monika Herrmann erklärt die Bezirksverordnetenversammlung (BVV)



Monika Herrmann

„Monika erklärt die BVV“ klingt wie eine Mischung aus Volkshochschule und Stand-up-Comedy. Wie würdest du selbst das Format beschreiben?

[lacht] Das ist eine schöne Beschreibung. Mir geht es vor allem darum, dass Menschen Interesse an Kommunalpolitik entwickeln und merken: Weltpolitik passiert auch vor der Haustür. Die viele ehrenamtliche Arbeit im Bezirksparlament ist ernsthafte, reale Politik – nicht „nur BVV“. Ich war 15 Jahre auf der Regierungsbank und insgesamt über 30 Jahre in Kreuzberg bzw. Friedrichshain-Kreuzberg aktiv. Vieles, was von außen simpel wirkt, hat einen Hintergrund. Ich kann solche Hintergründe erklären – das ist der Kern des Formats.

Was hast du beim Erklären mehr im Einsatz – Fachwissen oder Humor?

[zögert] Manchmal bleibt mir in letzter Zeit der Humor im Hals stecken, weil sich die BVV stark verändert hat. Früher wollte man gemeinsam etwas für den Bezirk erreichen. Heute geht es öfter darum, den „politischen Gegner“ zu jagen – da fällt mir Humor bisweilen schwer. Überwiegend ist es also schon Fachwissen. Die Fragen

der Menschen im Format sind sehr ernst, das finde ich großartig. Die Leute wollen verstehen, was dort passiert. Ein lockerer Spruch ist natürlich auch mal dabei.

Für viele klingt „Bezirksverordnetenversammlung“ ziemlich trocken. Was macht die BVV denn spannender als so mancher denkt?

Ich war in meinen vielen Jahren in fast allen Parlamenten zu Gast. Da merkt man, je weiter man „nach oben“ in die Parlamente geht, umso weniger haben die Parlamentarier*innen mit den Menschen zu tun, für die sie angeblich Politik machen. Und das ist das Faszinierende an der Kommunalpolitik: Du begegnest im Alltag den Menschen, für die du den Bezirk gestaltest. Das sind deine Nachbar*innen oder Kolleg*innen. Denen kannst du nicht aus dem Weg gehen.

Gibt es Rituale oder Kuriositäten in der BVV, die für Außenstehende nicht sofort verständlich sind?

Sehr viele. Schon der Beginn einer BVV-Sitzung folgt einer eigenen Logik: Tagesordnung, Drucksachen, Dringlichkeitsentscheidungen, Rederechte. Es gibt eine eigene Sprache mit vielen Abkürzungen. In Friedrichshain-Kreuzberg ist die Öffentlichkeit sehr präsent und darf reagieren, anders als in manchen anderen Bezirken, da darf man gerade noch atmen und muss sich teilweise als Gast anmelden, um dabei sein zu dürfen. Auch die Formen von Anfragen – Große, Kleine, Mündliche, Spontane – gehören zu diesem „Kosmos“. Ich verstehe mich da als eine Art Übersetzerin.

Wenn du sie ein bisschen in Schubladen stecken müsstest, welche „Typen“ begegnen einem in der BVV häufig?

Zunehmend der „Empörungsprofi“, oft mit populistischen Mitteln. Da merkt man, dass es nicht um die Sache, sondern um Aufmerksamkeit geht. Es gibt aber auch gut

vorbereitete Verordnete in allen demokratischen Fraktionen, die Drucksachen und Hintergründe kennen und vor Ort mit Menschen sprechen. Andere hören viel zu und sind keine „Rampensäue“. Manche sind selten anwesend. Außerdem gibt es – ich kann es nicht anders sagen – die „Jäger“, die auf Fehler der bezirklichen Regierung lauern und darauf herumreiten – ohne dass dies den Menschen im Bezirk in irgendeiner Weise hilft. Und dann gibt es noch die „Archivare“ mit starkem Gedächtnis, die wissen, welcher Antrag schon mal vor 20 Jahren diskutiert wurde.

Gibt es aktuell auch jemanden, der mit Humor punktet?

Humor ist derzeit seltener, weil die Probleme ernster geworden sind. Wenn wir uns die Lebenssituation vieler Menschen im Bezirk anschauen, dann ist das durchaus besorgniserregend und wir merken sehr oft, dass wir an der höheren Instanz – also dem schwarz-roten Senat – scheitern oder uns die Zähne ausbeißen. Manchmal lösen spontane Sprüche innerhalb der Bänke aber durchaus mal die Spannung. Wichtig ist, dass demokratische Parteien trotz Konflikten ins Gespräch kommen. Insgesamt ist die BVV keine Spaßveranstaltung, sondern ernsthafte Arbeit mit viel ehrenamtlichem Engagement.

Was vermisst du, seit du nicht mehr „auf der großen Bühne“ bist – und was bestimmt nicht?

Ich vermisse durchaus: fachliche Debatten, das Ringen um Lösungen, das Spiel mit Redezeiten. Was ich nicht vermisse: ständigen Zeitdruck durch spontane Anfragen, politischen Druck und Umgang mit Fake News, die umfassende Verantwortungszuschreibung als Bürgermeisterin sowie den extrem durchgetakteten Kalender von morgens bis spät abends.

Was ist das Schönste daran, jetzt vom Spielfeldrand zu kommentieren?

Die Selbstbestimmung und die Freiheit, pointiert zu

„Monika erklärt die BVV“

Im diesem Format kommentiert Monika Herrmann, Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg 2013-2021, einmal pro Monat während der öffentlichen BVV-Sitzung (meist am letzten Mittwoch im Monat, 18 Uhr, ehem. Rathaus Kreuzberg) die Abläufe, Akteur*innen und Kuriositäten des „Bezirksparlaments“. Von der Tribüne aus.

**Treffpunkt für Interessierte:
17:45 Uhr im Eingangsbereich
(Erdgeschoss)**

Alle Infos zur BVV Xhain finden sich hier:
<https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

kommentieren. Dabei muss ich Maß halten, denn ich werde auch schon ab und an ermahnt. Als Amtsträgerin wäre das so nicht möglich gewesen.

Warum sollte man sich den „BVV-Zirkus“ überhaupt antun?

Weil Kommunalpolitik konkret etwas bewegt. Beispiel: Unterstützung für ukrainische Geflüchtete durch mehrsprachige Formulare und Dolmetschen in Ämtern. Damit möchte ich deutlich machen, wir haben ein riesiges Weltproblem und das hat Auswirkungen bis in das kleine Friedrichshain-Kreuzberg. Und als Einzelne kann ich auf dieser Ebene etwas tun, über klassische kommunale Themen wie die Kita-Öffnungszeiten hinaus. So bleibt man handlungsfähig statt hilflos. Das ist das Faszinierende an der kommunalen Arbeit.



Interview von Jenny Laube, Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss

SOZIALES

Autor*innen: Mitglieder der AG Verteilungsgerechtigkeit

AG Vorstellung

Der „Matthäus-Effekt“: Wer hat, dem wird gegeben!

Wie Überreiche von der Vermögenspreisspirale profitieren – und wir alle dafür zahlen

Die Preise für Wohnungen, Häuser und Grundstücke in Berlin steigen seit Jahren schneller als Löhne und Gehälter. Dieses Phänomen ist Teil der allgemeinen Vermögenspreisinflation. Das Problem geht aber weit über den Immobilienmarkt hinaus. Warum das gefährlich ist, was das für Xhain bedeutet und wie wir gemeinsam gegensteuern können:

Was ist Vermögenspreisinflation?

Vermögenspreisinflation beschreibt den Preisanstieg von Eigentum – also Immobilien, Aktien, Unternehmensanteile oder Kunstwerke etc. – unabhängig von der allgemeinen Teuerung bei Lebensmitteln, Energie oder Dienstleistungen. Wenn die Preise von Alltagsgütern steigen, sprechen wir von Inflation. Steigen dagegen die Preise von Eigentum, ohne dass an den Gebäuden oder Firmen etwas verändert wurde, spricht man von Vermögenspreisinflation.

Laut dem Allianz Global Wealth Report 2024 stiegen die finanziellen Vermögenswerte in Deutschland in diesem Jahr um 7,1 %, während die tatsächliche deutsche Wirtschaftsleistung um 0,2% geschrumpft ist. Warum steigen also reine „Papierwerte“ deutlich mehr als die tatsächlich dahinterstehende Wirtschaft?

Der Grund dafür ist die Asset-Preisspirale: Steigende Vermögenswerte ziehen noch mehr Kapital an, weil Investoren auf weitere Gewinne setzen. Das neu einströmende Geld treibt die Preise weiter nach oben: also ein sich selbst verstärkender Kreislauf. Wer bereits Vermögen besitzt, profitiert, weil es automatisch im Wert wächst. Wer kein Eigentum hat,

bleibt außen vor. Stattdessen darf sogar eine höhere Miete gezahlt werden, weil Eigentümer*innen die gestiegenen Werte in neue Mietpreise einrechnen.

Wir treffen uns:

**Am 1. Montag im Monat
um 19.30 Uhr im Igelbau
(Dresdener Straße 10)**

Neue Mitglieder und Gäste sind immer willkommen!

Warum ist das problematisch?

Wenn Vermögenspreise schneller steigen als Löhne, öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Besonders Überreiche und große Investmentfonds können ihr Geld in Immobilien oder Aktien anlegen und so Jahr für Jahr Millionengewinne erzielen, ohne selbst dafür zu arbeiten. Für Normalverdienende wird es dagegen immer schwieriger, Eigentum zu erwerben oder Rücklagen zu bilden.

Doch es geht nicht nur um Geld, sondern auch um Macht: Große Vermögen bedeuten politischen Einfluss, durch Lobbyarbeit, Spenden oder den gezielten Aufkauf ganzer Straßenzüge. Wer Kapital hat, kann Regeln mitgestalten und so seine Position weiter ausbauen. Hinzu kommt ein ungerechtes Steuersystem:

- Erbschaften und eine große Vermögenssubstanz werden in Deutschland kaum oder nur niedrig besteuert.
- Kapitalgewinne und Dividenden unterliegen oft einer pauschalen Abgeltungssteuer von 25 %, während Arbeitseinkommen progressiv bis über 40 % besteuert werden.
- Wer geerbt hat, kann seinen Reichtum oft generationenübergreifend sichern, während Erwerbstätige jeden Euro voll versteuern müssen.

Diese Steuerprivilegien beschleunigen die Vermögenskonzentration und machen die Asset-Preisspirale noch gefährlicher.

Was bedeutet das für Xhain?

Xhain steht beispielhaft für diese Entwicklung. Der Bezirk war lange ein Zuhause für Studierende, Künstler*innen, Start-ups und Familien. Doch die zentrale Lage, die gute Verkehrsanbindung und die lebendige Szene locken internationale Investor*innen an. Große Immobilienfonds und Überreiche kaufen Häuser, oft nicht einmal um sie zu nutzen, sondern nur um von der Wertsteigerung zu profitieren.

Die Konsequenz: Die Mieten steigen noch stärker an und kleine Läden und soziale Projekte finden keine bezahlbaren Räume mehr. Selbst Menschen mit mittlerem Einkommen werden verdrängt. Clubs, Kitas und Nachbarschaftsinitiativen müssen schließen oder an den Stadtrand ziehen. Wenn wir nichts unternehmen, droht Xhain seinen vielfältigen Cha-

rakter zu verlieren und zu einem Bezirk für Besserverdienende und globale Investor*innen zu werden.

Was können wir tun?

Diese Entwicklung ist aber kein Naturgesetz. Politik und Zivilgesellschaft können gegensteuern, wenn genügend Menschen Druck machen. Wir könnten z.B.:

- **Steuern gerechter gestalten:** Höhere Erbschaftssteuern, eine progressive Vermögenssteuer und Kapitalertragssteuer könnten die Privilegien großer Vermögen abbauen.
- **Gemeinwohlorientiertes Bauen fördern:** Kommunale und genossenschaftliche Projekte schaffen dauerhaft bezahlbaren Wohnraum.
- **Bodenspekulation bremsen:** Bezirke können ihr Vorkaufsrecht nutzen oder Erbbaurechte vergeben, damit Grundstücke in öffentlicher Hand bleiben.
- **Transparenz schaffen:** Offenlegung von Eigentümerstrukturen erschwert das Verstecken großer Vermögen und stärkt demokratische Kontrolle.
- **Engagement vor Ort stärken:** Mieter*innen-Initiativen, Kiezräte und Bündnisse wie „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ sorgen dafür, dass Politik nicht wegschauen kann.
- **Petitionen unterstützen:** Oft laufen bundesweite Petitionen, gerade z. B. von „Finanzwende“ zu weniger Ausnahmen für Milliardäre bei der Erbschaftsteuer.

